Klarheit für Berlin



Wahlprogramm 1990

Mit uns gelingt's

SPD

BERLIN

Bilanz der Arbeit
— des Senats von Berlin (S. 16)
— des Magistrats von Berlin (S. 19)

C90-2248

Bibliothek * Archiv der sozialen Demokratie * Bonn

Berlin — Hauptstadt und europäische Metropole

Wir Berlinerinnen und Berliner freuen uns, daß unsere so lange geteilte Stadt wieder vereint ist. Nach den Wahlen am 2. Dezember 1990 wird es ein Parlament und eine gemeinsame Regierung in Berlin geben. Der Kalte Krieg ist vorbei. Das Unrechtsregime der SED und der mit ihr verbundenen Blockparteien ist untergegangen. Die Teilung Deutschlands war die Folge des von den Nazis entfesselten Weltkriegs, des Ost-West-Konflikts und der Aufteilung Europas in Einflußsphären der Supermächte. Wir verdanken es auch den Völkern Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei, daß die Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden konnte. Sie haben durch die Demokratisierung in ihren Ländern den Deutschen in der DDR Mut gemacht, sie haben als erste einen Stein aus der Mauer gebrochen, sie haben den Grenzen ihren trennenden Charakter genommen und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung durchgesetzt. Wir sind uns bewußt, daß es der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow war, der mit hohem eigenen Risiko die Voraussetzungen für die Beendigung des Kalten Krieges geschaffen hat. Dafür sind wir dankbar. Aber auch die Friedensbewegungen in Ost und West, die sich gegen die Massenvernichtungswaffen wandten, trugen zu der grundlegenden Wende bei.

Die Teilung Deutschlands und damit auch die Teilung der Stadt sind endgültig Vergangenheit. An keinem anderen Ort Deutschlands wurde sie so unnatürlich und schmerzhaft empfunden wie gerade in Berlin. Die Berlinerinnen und Berliner in beiden Teilen der Stadt haben sich auch in den vergangenen fast fünf Jahrzehnten niemals aufgegeben. Aus ihrer besonderen Lage gaben sie Impulse zur Entspannungspolitik der siebziger Jahre.

Die Vereinigung Deutschlands und die Wiedervereinigung Berlins rufen bei vielen Menschen nicht nur Freude hervor, sondern auch Sorgen. Im Westen unserer Stadt befürchten viele, daß es ihnen nach der Vereinigung schlechter gehen könnte als zuvor und unsere eigenen sozialen Probleme noch schwerer zu lösen sein werden. Im Osten haben viele noch keine Hoffnung, daß sie bald besser leben können. Wir machen den Menschen Mut. Wir wollen den Lebensstandard im Ostteil der Stadt rasch anheben, ohne daß er im Westteil sinkt. Die politische Einheit ist der Weg, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in sozialer Gerechtigkeit aber ist das Ziel, für das wir arbeiten. Keine andere deutsche Stadt erlebt die Einheit so unmittelbar und einschneidend wie Berlin. Berlin soll das Modell sein für das Zusammenwachsen Deutschlands und Europas.

Berlin ist Hauptstadt Deutschlands: Parlament und Regierung gehören in unsere Stadt

Berlin muß reale, nicht nur symbolische Hauptstadt sein. Eine wirkliche Hauptstadt ist ohne Regierung und Parlament nicht denkbar. So wie Berlin lange Jahre die Teilung symbolisierte, so steht es jetzt für die Vereinigung. Das geeinte Deutschland wird keine vergrößerte Bundesrepublik sein, sondern ein Land, das politisch und kulturell nördlicher und östlicher sein wird, als es die Bundesrepublik war. Die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt verdeutlicht die Bereitschaft, die gelungene Westbindung um die Hinwendung zu den osteuropäischen Völkern zu ergänzen. Die alte und neue Hauptstadt Deutschlands übernimmt damit auch eine entscheidende Rolle für die gesamteuropäische Integration.

Die Einigung Deutschlands führt zu erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Kein Teil Deutschlands kann sich diesen Problemen entziehen. Die Hauptlast werden jedoch die Länder Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie Berlin tragen. Gerade die Deutschen, die sich die Einheit am sehnlichsten gewünscht haben und die sie überhaupt erst möglich gemacht haben, bringen die größten Opfer.

In dieser Situation ist die Entscheidung für die Übertragung der Parlaments- und Regierungsfunktionen auf die Hauptstadt Berlin mehr als nur ein symbolischer Akt. Sie beweist den Willen, eine ganze Region zu entwickeln, die sonst zur Krisenregion Deutschlands zu werden droht. Parlament und Regierung müssen sich den sozialen, politischen und kulturellen Konflikten des Zusammenwachsens der deutschen Länder stellen. In Berlin werden die Probleme bei der Verwirklichung der Einheit im Sozialen, Ökonomischen und Kulturellen am deutlichsten sichtbar. Die Abgeordneten und die Regierung müssen den Prozeß der Einheit selbst erleben.

Die Frage, ob Berlin Hauptstadt bleibt oder nicht, ist für Hunderttausende von Berlinerinnen und Berlinern zuallererst eine soziale Frage. Der Ostteil war jahrzehntelang Hauptstadt. Der Verlust dieses Status hat zu einem dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen geführt. Die Funktion als Hauptstadt des vereinigten Deutschlands bedeutet für die Stadt nicht nur Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst. Die Anwesenheit von Parlament und Regierung wird auch Verbände, Unternehmen und andere Institutionen veranlassen, wieder nach Berlin zu kommen. Für Parlament, Regierung und Behörden ist ausreichend Platz vorhanden.

Das vereinte Deutschland wird vielgestaltig sein und mehrere Zentren haben. Nicht alle Organe und Einrichtungen des Bundes müssen in Berlin ihren Sitz haben. Auch in die neuen Bundesländer gehören Organe und Einrichtungen des Bundesstaates.

Die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt mit Parlaments- und Regierungssitz entspricht dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner sowie aller Deutschen. Berlin war nicht nur Zenrum des wilhelminischen Deutschlands und Sitz des faschistischen Terrorregimes, Berlin war und ist die Hauptstadt der deutschen Demokratie. Niemals haben die Nationalsozialisten eine Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner hinter sich gebracht. In Berlin wurde die Freiheit gegen die stalinistische Diktatur behauptet. Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit ihrer Urabstimmung vom 31. März 1946 und mit dem von Ernst Reuter geführten Kampf gegen die Blockade daran den Hauptanteil.

Berlin ist die Stadt, von der aus Willy Brandt nach dem Mauerbau die Politik des Friedens und der Entspannung begonnen hat. Diese Politik schuf die Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung Europas. Berlin hat immer für das ganze Deutschland gestanden — für ein freies demokratisches, soziales und friedliches Deutschland.

Berlin ist auch ein geeigneter Standort für europäische Institutionen. Wissenschaftliche Einrichtungen und Bundesinstitutionen bieten dafür gute Voraussetzungen.

Berlin und die Alliierten

Die westlichen Alliierten sind in den Jahren der Teilung mehr geworden als nur Schutzmächte. Sie haben den Westteil der Stadt mitgeprägt und dazu beigetragen, daß Berlin internationaler und europäischer geworden ist als andere Städte in Deutschland. Sie haben den Westteil der Stadt kulturell, wissenschaftlich und politisch stark beeinflußt. Wir wollen, daß diese Elemente des Berliner Lebens erhalten bleiben: Centre Francais, British Center und Amerika-Haus gehören u.a. dazu. Wir danken den Alliierten für alles, was sie in den vergangenen Jahrzehnten für Berlin getan haben. Berlin wird das nicht vergessen.

Die neue Politik Michail Gorbatschows hat die deutsche Einheit ermöglicht. Wir werden auf der Grundlage der veränderten Beziehungen zur Sowjetunion gerade in Berlin die kulturellen Verbindungen zur Sowjetunion pflegen. Auch kulturelle und internationale Institutionen der Sowjetunion sind und bleiben Elemente des Berliner Lebens.

Berlin in Europa

Wir wollen, daß die Einigung Deutschlands eingebettet bleibt in die europäische Einigung. Mit der Konferenz in Helsinki begann 1975 der Prozeß für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dieser hat erheblich zur Entspannung in Europa beigetragen. Er hat den Völkern Osteuropas Freiräume eröffnet, in denen die dramatischen Umwälzungen der letzten Zeit vorbereitet wurden. Er hat den Wandel von der Blockkonfrontation zur Zusammenarbeit demokratischer Staaten und zum Einstieg in die Abrüstung gefördert. Wir wollen, daß Konferenzen der KSZE auch in Berlin stattfinden und daß ihre Institutionen hier ihren Sitz nehmen. Berlin liegt mitten in Europa. Berlin will mithelfen, daß beide Teile Europas rasch zusammenwachsen. Auch deswegen ist Berlin für europäische Institutionen ein geeigneter Standort.

Berlin wird als europäische Metropole und deutsche Hauptstadt eines der kulturellen Zentren Europas sein. Als östlichste Stadt des Westens und westlichste

C90-2248

Stadt des Ostens kann sie Begegnungsstätte werden zwischen unterschiedlichen kulturellen Traditionen. Dies leistet die Stadt auch als Wohnort für Menschen aus vielen Nationen, die die Vielfalt von Kunst und Kultur mitgestalten und damit auch in diesen Bereichen die Brückenfunktion Berlins beweisen.

Millionen Menschen aus dem Umland sehen Berlin als ihre Metropole, als die Stadt, in der sie einkaufen, Geschäfte abschließen, Kultur erleben oder sich fortbilden. Touristen und Geschäftsleute aus aller Welt kommen zu uns. Die Fülle ist nach den Jahren des Inseldaseins zunächst ungewohnt. Viele Berlinerinnen und Berliner klagen darüber. Aber wer will, daß Berlin Metropole ist, der muß auch selbst tolerant und weltoffen sein. Zu diesem Berlin gehören wie eh und je auch die hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das ist wieder das alte quirlige Berlin, das nur durch die Mauer für einige Jahrzehnte zu mehr Beschaulichkeit gezwungen war.

Berlin wird lernen, mit dieser neuen Situation umzugehen, liberal und tolerant, wie diese Stadt immer war. Natürlich bringen die großen Unterschiede in Lebensweise und Lebensstandard, etwa zu Polen oder zu Rumänien, große Probleme mit sich. Aber diese Probleme lösen wir nicht durch Abschottung. Wir lösen sie mittelfristig nur, indem wir unseren östlichen Nachbarn bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung helfen. Wir streben einen visafreien Reiseverkehr auch mit den Ländern Osteuropas an. Wir wollen ein offenes europäisches Haus. Ziel unserer Politik sind die Vereinigten Staaten von Europa.

Leben im neuen Berlin

Wir wollen, daß unserer Stadt für ihre wirtschaftliche Zukunft faire Chancen eingeräumt werden. Mit Sorge beobachten wir die Neigung im deutschen Westen, Berlin als eine Art Sparschwein für die deutsche Einheit zu betrachten. Es ist eine Illusion zu glauben, daß Berlin in einer Übergangszeit ohne weitere Hilfe des Bundes die Kosten des Zusammenwachsens der beiden Stadthälften tragen kann.

Die Berlinförderung darf nicht schlagartig entfallen. Sie muß vielmehr auf absehbare Zeit erhalten bleiben. Zugleich muß für den Ostteil der Stadt und die neu hinzugekommenen Bundesländer ein wirtschaftliches Förderinstrumentarium entwickelt werden, das die Investitionsbedingungen nachhaltig verbessert.

Wir fordern, daß die Berlin-Hilfe durch den Bund nicht nur beibehalten, sondern ausgebaut wird. Durch die Vereinigung der beiden Hälften der Stadt entstehen finanzielle Belastungen, die höher sind als die, welche West-Berlin teilungsbedingt zu tragen hatte und die vom Bund ausgeglichen wurden. Hinzu kommt das beträchtliche Bevölkerungswachstum und die Tatsache, daß das Steueraufkommen im Ostteil der Stadt auf absehbare Zeit gering bleibt. Dafür wachsen die Ausgaben im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, für den Wohnungsbau, für den ökologischen Stadtumbau, für kulturelle Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung und vor allem für die Herstellung einer modernen Infrastruktur im Ostteil der Stadt.

Wir fordern für Berlin keinen Luxus, sondern Hilfe und selbstverständliche Solidarität in einer schwierigen Situation. Nur in Berlin werden Ost und West in einem Bundesland vereinigt. Für Berlin ändert sich damit alles.

Die öffentliche Verwaltung Berlins wird nach der Vereinigung mehr Personal brauchen, als jetzt im Westteil der Stadt im öffentlichen Dienst vorhanden ist. Neue Bezirke mit weit über einer Million Einwohner kommen hinzu. Jeder dieser Bezirke braucht eine ebenso gute Personalausstattung wie die Bezirke im Westteil der Stadt. Die wiedervereinigte Stadt benötigt auch im Ostteil weiterhin Lehrer und Erzieher, Müllwerker und Busfahrer, Arbeiter und Verwaltungsangestellte. Ein großer Teil der ca. 70 000 Mitarbeiter des Magistrats, der Bezirke im Ostteil der Stadt und der kommunalen Einrichtungen wird weiter im öffentlichen Dienst seinen Arbeitsplatz haben.

Unsere finanzielle Situation ist schwierig: Deshalb können wir uns im Westteil Berlins zunächst weder zusätzliche Leistungen noch zusätzliche kostspielige Projekte erlauben. Wir müssen strengste Ausgabendisziplin wahren. Dem Ostteil der Stadt werden wir Vorrang bei den Investitionen einräumen. Wir werden die Prioritäten weiter im Interesse der Menschen setzen: Im Wohnungsbau, im ökologischen Stadtumbau, bei den Kindertagesstätten und Schulen sowie bei der sozialen Vorsorge.

Die Arbeitslosigkeit in und um Berlin wird in den nächsten Monaten ansteigen. Wir fordern ein Infrastrukturprogramm für die gesamte Region und eine Qualifizierungs- und Umschulungsoffensive. Wir wollen Arbeit und Qualifizierung fördern und nicht die Arbeitslosigkeit.

Die Wohnungsnot ist in beiden Teilen Berlin unverändert groß. Wir wollen im vereinigten Berlin die Anstrengungen in der Stadterneuerung und im Wohnungsneubau noch verstärken. Für ganz Berlin muß es eine neue Form der Mietpreisbindung geben. Die Bewohner Berlins können eine Mietpreisexplosion nicht verkraften. Die Anhebung der Mieten im Ostteil der Stadt wird nicht zu verhindern sein. Sie darf aber nur Schritt für Schritt erfolgen und muß der Einkommensentwicklung entsprechen. Durch Wohngeldregelungen, kommunalen Wohnungsbau und Wohnungsbewirtschaftung müssen sozial verträgliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung der Stadt haben dazu geführt, daß die Verkehrsströme sich verändern. Auch die Verkehrsbelastung nimmt zu, auf der Straße, auf der Schiene, überall. Gerade seit dem 9. November 1989 ist unübersehbar, daß eine Metropole wie Berlin ihren Verkehr nicht mit dem privaten Auto bewältigen kann. Die Innenstadt, vom Ku-Damm über den Potsdamer Platz bis zum Alex, würde daran ersticken. Für uns steht fest: Der Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs hat Vorrang. Dies ist unsere Chance: Wir wollen die Fehler anderer Ballungsräume vermeiden. Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv machen, daß man zur Arbeit selbstverständlich mit Bus oder Bahn fährt.

Mit der Vereinigung gilt auch in ganz Berlin die Wehrpflicht. Wir treten dafür ein, daß nur solche Berliner zur Bundeswehr eingezogen werden, die am 3. Oktober 1990 noch nicht das 17. Lebensjahr vollendet hatten. Wir setzen uns dafür ein, daß die Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer abgeschafft und die Dienstzeiten bei Wehr- und Ersatzdienst gleichgesetzt werden.

Berlin — Stadt der Frauen

Die Vereinigung der beiden Stadthälften läßt viele Berlinerinnen befürchten, daß die damit einhergehenden wirtschaftlichen Probleme hauptsächlich zu ihren Lasten gehen. Dabei können beide Stadthälften auf die Tradition hoher Frauenerwerbstätigkeit zurückblicken; in beiden Stadthälften lebten bisher anteilig mehr Frauen als im übrigen Deutschland, darunter überproportional viele alleinlebende Frauen und Mütter. Das weltstädtische Klima in der Stadt ermöglichte eine größere Fülle verschiedener Lebensformen auch für Frauen. Sowohl das alte Gesamtberlin als auch die getrennten Stadthälften waren Hochburgen der Frauenbewegung und Frauenkultur. Beides — eine hohe Frauenerwerbstätigkeit und eine lebendige Frauenkultur — gehört zum Metropolencharakter Berlins und soll erhalten und gefördert werden.

Olympiastadt Berlin

Berlin, viele Jahre lang Symbol der Teilung, ist jetzt Symbol für die friedliche Vereinigung und die gewaltlose Überwindung globaler Konflikte. Deshalb sind wir überzeugt, daß Berlin wie kaum eine andere Stadt geeignet ist, im Sinne der Olympischen Idee weltweit für Frieden und Völkerverständigung zu werben. Mit der Ausrichtung der Parolympics will Berlin die soziale Integration der Behinderten fördern und eine höhere Akzeptanz von Behinderten in der Gesellschaft erreichen. Die gesamtstädtische Entwicklung wird durch das Olympiakonzept wertvolle Impulse erfahren.

Berlin und sein Umland

Die Vereinigung Deutschlands stellt die natürlichen Verbindungen zwischen Berlin und seinem Umland wieder her. Der Westteil der Stadt ist nicht länger eine Insel. In demokratischen Wahlen ist das Land Brandenburg wiederentstanden. Berlin wird zum beiderseitigen Nutzen eng und gleichberechtigt mit Brandenburg zusammenarbeiten. Wir wollen dabei an die erfolgreiche Arbeit des Provisorischen Regionalausschusses anknüpfen. Es liegt weder im Interesse Berlins noch Brandenburgs, das Umland Berlins in Eigenheimen, Gewerbebauten und Einkaufszentren zu ersticken. Eine gemeinsame Regionalplanung zum Ausgleich der Interessen und zu gegenseitigem Nutzen muß eine ökologisch und sozial verträgliche Nutzung des Umlandes ermöglichen.

In einem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg soll die Einrichtung gemeinsamer Institutionen, wie beispielsweise einer Landesrundfunkanstalt, einer Flughafengesellschaft, eines Oberverwaltungsgerichts sowie einer gemeinsamen Verwaltung der Schlösser und Gärten vereinbart werden. Auf der Grundlage dieses Staatsvertrages wollen wir unter anderem Fragen der Siedlungsentwicklung, des Nahverkehrs, der Erhaltung der Umwelt, der Abfallbeseitigung, der Energieversorgung und der sozialen Infrastruktur zwischen Berlin und Brandenburg regeln.

Ein späterer Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg darf nicht unmöglich gemacht werden. Die Bildung eines einheitlichen Landes ist nach unserer Ansicht die logische Folge der immer dichter werdenden Beziehungen zwischen der Stadt und dem Umland. Dieses Land kann jedoch nur dann gebildet werden, wenn die Menschen in beiden Ländern dies mehrheitlich wollen.

Die Mauer auch in den Köpfen einreißen

Es geht jetzt darum, auch die Mauer in den Köpfen einzureißen. Selbst in Berlin sind sich die Menschen aus Ost und West oft noch fremd. Unsere Aufgabe ist es, die kulturelle Einheit der Stadt wiederherzustellen. Das heißt: Alle Berlinerinnen und Berliner müssen in gleicher Weise teilhaben am kulturellen und politischen Leben, gleichberechtigt mitwirken in den Parteien, Verbänden und Kirchen. Wir müssen unsere gemeinsame Geschichte zusammen aufarbeiten, seien es die Nazi-Greuel oder die Stasi-Erblast. Westliche Arroganz ist ebenso fehl am Platze wie östliche Abschottung gegen neue Einflüsse aus dem Westen. Was wir brauchen, sind Offenheit füreinander und der Wille, gemeinsam unsere wiedervereinigte Stadt lebenswert zu gestalten. So entsteht das neue Berlin.

Wirtschaft und Arbeit für ganz Berlin

Die wirtschaftliche Zukunft Berlins muß sozial und ökologisch gestaltet werden. In den beiden Teilen der Stadt wurde völlig unterschiedlich gewirtschaftet. Diese grundlegend verschiedenen Ausgangspositionen in gemeinsame Rahmenbedingungen zu überführen, ist eine große Herausforderung.

Die Wirtschaft im Westteil der Stadt hat sich während der Zeit, in der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten politisch die Hauptverantwortung tragen, positiv entwickelt. In der Regierungszeit der konservativen Koalition unter Führung der CDU hatte sich die Arbeitslosigkeit in der Stadt mehr als verdoppelt: von etwas über 40 000 auf rund 100 000. Die Bürgerinnen und Bürger haben den CDU-geführten Senat auch deshalb abgewählt.

In den letzten Jahren konnte die Zahl der Arbeitsplätze erhöht und trotz hoher Zuwanderung ein Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Dennoch: Es besteht kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Jeder arbeitslose Mensch ist ein Arbeitsloser zuviel.

Im Ostteil der Stadt hat die Mißwirtschaft der SED und der Blockparteien ein bedrückendes Erbe hinterlassen. Aber die Währungsunion war wirtschafts- und sozialpolitisch völlig unzureichend abgesichert. Schwere wirtschaftliche Einbrüche und dramatisch zunehmende Arbeitslosigkeit sind der Preis.

Prinzipien sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Unsere konkrete Wirtschaftspolitik in und für Berlin orientieren wir an den Aussagen des Berliner Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten, natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das bedeutet: Wir wollen den gesellschaftliche Skandal der Massenarbeitslosigkeit bekämpfen und überwinden. Wir wollen zukunftsträchtige, gesellschaftlich nützliche und ökologisch verträgliche Dauerarbeitsplätze schaffen. Auf den notwendigen Strukturwandel wollen wir die Menschen mit Hilfe von mehr Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung vorbereiten.

Wir wollen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Wir wollen umweltverträgliche, moderne Industrieprodukte und Konsumgüter, Energieversorgungseinrichtungen und Verkehrsmittel, Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen. Mit dem ökologischen Umbau ist der Aufbau neuer Produktions- und Dienstleistungsstrukturen verbunden — neue, sichere Arbeitsplätze entstehen.

Wir wollen allen Frauen und Männern die Möglichkeit verschaffen, erwerbstätig zu sein. Und wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben durchsetzen. Auch durch gesetzliche Maßnahmen — wie z.B. durch das Antidiskriminierungsgesetz — wollen wir Benachteiligung von Frauen beseitigen und ihren beruflichen Aufstieg fördern.

Wir wollen eine Demokratisierung des Arbeitslebens. Deshalb treten wir für eine wirksamere Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben und Verwaltungen ein. Gerade bei tiefgreifenden Veränderungen müssen die Betroffenen die Möglichkeit zur Mitgestaltung haben.

Berlin ist wirtschaftlich keine Insel

Das vereinte Berlin ist auch ökonomisch keine Insel. Seine wirtschaftliche Zukunft ist eng verknüpft mit der Entwicklung der neuen Länder, vor allem der des Landes Brandenburg. Die Entwicklung der Region wird entscheidend geprägt werden von der wirtschaftlichen Stärke und Ausstrahlung Berlins.

Die Berliner Sozialdemokratie tritt für eine Stärkung und Förderung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern ein. Nach der staatlichen Vereinigung bleibt es unser Ziel, die andauernde Spaltung in einen wohlhabenden und einen armen Teil Deutschlands zu verhindern. Wir wollen Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für ganz Deutschland herstellen.

Zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Region wollen wir einen regionalen Wirtschafts- und Strukturausschuß Brandenburg-Berlin schaffen. Dieser soll über zukünftige Programme der regionalen Arbeitsmarkt-, Ansiedlungs- und Strukturpolitik beraten und Empfehlungen abgeben. Er soll drittelparitätisch aus Vertretern der beiden beteiligten Bundesländer, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zusammengesetzt sein. Nur so kann sich der Wirtschaftsraum auch sozial und ökologisch verträglich entwickeln.

Entwicklung der Wirtschaftsstruktur

Berlin und sein Umland müssen zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsregion ausgebaut werden. Die Chancen dafür sind gut: Berlin, in zentraler Lage im zusammenwachsenden Europa gelegen, verfügt über ein hervorragendes Potential im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Wenn die ganze Stadt und ihre Umgebung eine moderne Infrastruktur erhalten, eröffnen sich vor allem im Dienstleistungssektor günstige Entwicklungschancen.

Umweltverträgliche, moderne Produktion mit hoher Wertschöpfung und qualifizierten Arbeitsplätzen müssen in der Region ihren Platz finden. Im Stadtgebiet selbst wird ein Schwerpunkt die weitere Ansiedlung produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen sein. Daneben müssen in Berlin aber auch andere Dienstleistungen und kulturelle Einrichtungen für das Umland zur Verfügung stehen.

Auf Dauer kann Berlin nur gemeinsam mit einem wirtschaftlich leistungsfähigen Umland florieren. Deshalb fordern wir ein geeignetes Instrumentarium für die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern. Dadurch sollen die Investitionsbedingungen für private Investoren mittels Investitionszulagen, Abschreibungserleichterungen und Zinszuschüssen rasch und nachhaltig verbessert, die Absatzchancen von Produkten aus den neuen Bundesländern durch Präferenzen bei der Umsatzsteuer erhöht und die Einkommen der Arbeitnehmer durch eine steuerfreie Zulage gestützt werden. Die Möglichkeiten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und der verschiedenen EG-Struktur-Fonds müssen genutzt werden.

Die Förderung nach dem Berlinförderungsgesetz darf nicht abrupt abgebaut werden, wenn man schwerwiegende Folgen vermeiden will. Die Lasten der Teilung entfallen nicht von heute auf morgen. Die wirtschaftlichen Einbrüche im Umland wirken zudem unmittelbar auf die Wirtschaft der Stadt ein. Jeder Arbeitsplatz, der durch einen überstürzten Abbau der Berlin-Förderung verloren geht, ist auch für den Arbeitsmarkt der gesamten Region verloren. Die Berlin-Förderung kann erst ab 1993 stufenweise und auf mehrere Jahre verteilt an die Förderungsmechanismen des Umlandes angepaßt werden. Das kann nur in dem Maße geschehen, in dem die wirtschaftliche und steuerliche Kraft Berlins wächst. Die konkreten Anpassungsschritte müssen sozial gerecht ausgestaltet werden.

Wir wollen die Rahmenbedingungen im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur verbessern. Im Ostteil der Stadt und in Verbindung zum Umland sind umfangreiche Modernisierungen in Transport, Verkehr, Energieversorgung und Telekommunikation notwendig. Durch stärkeren Einsatz öffentlicher Mittel werden hier zugleich neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Organisation öffentlicher Versorungseinrichtungen in der Rechtsform von Eigenbetrieben hat sich im Westteil der Stadt bewährt. Wir wollen sie auch bei einer Zusammenführung der in den beiden Teilen der Stadt noch getrennt bestehenden Unternehmen beibehalten. Den Berliner Eigenbetrieben kommt hohe arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu. Ihre Investitionsaufträge sind mit beschäftigungswirksamen Auflagen zu versehen, damit zuvor qualifizierte Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.

Die Energieversorgung soll der kommunalen Mitentscheidung unterworfen sein. Eine Abhängigkeit von den Interessen der großen Energieversorgungsunternehmen wollen wir verhindern.

Kleinere und mittlere Betriebe werden wir verstärkt fördern. Gerade sie sind in Berlin das größte Reservoir für die Erhaltung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze. Mit Hilfe zusätzlicher Förderung aus Landesmitteln werden wir die Gründung und Stabilisierung von Unternehmen in diesem Bereich erleichtern. Auch treten wir für die Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage ein.

Zugleich wollen wir dafür sorgen, daß ein ausreichendes Angebot an Gewerberäumen mit zumutbaren Mieten (Mietober- und Mietsteigerungsgrenzen) zur Verfügung steht. Durch die Aufstellung von besonderen Bebauungsplänen (Textbebauungsplänen) wollen wir der Verdrängung von Einzelhandels- und Handwerksbetrieben entgegenwirken. Im Ostteil der Stadt zahlreich leerstehende oder falsch genutzte Läden und Gewerberäume wollen wir kurzfristig für Handel und Industrie nutzbar machen.

Zur Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen auch im Ostteil der Stadt wollen wir in Zweifelsfällen die Eigentumsverhältnisse an den jeweiligen Grundstücken schnellstmöglich klären. Deshalb werden wir die zuständigen Grundbuchämter personell verstärken und die Bearbeitung der einzelnen Vorgänge beschleunigen.

Eine geordnete Entwicklung des Wirtschaftsraums Brandenburg-Berlin wollen wir mittels eines zu schaffenden Regionalverbandes der Länder Brandenburg und Berlin ermöglichen. Der Regionalverband erhält Planungs- und Vollzugskompetenz für die Flächennutzung.

Arbeit schaffen statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Wir werden dafür sorgen, daß Koalitionsrecht, Tarifautonomie, Streikrecht, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Kündigungs- und Arbeitsschutz in der ganzen Stadt wirksam werden. Zugleich setzen wir uns für eine zügige Vereinheitlichung der Arbeits- und Entgeltverhältnisse ein. Wir bekämpfen aktiv jede Form von Schwarzarbeit und Sozial-Dumping. Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere der wöchentli-

chen und täglichen Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung muß in zusätzliche Beschäftigung umgesetzt werden. Durch Vorruhestand freigewordene Arbeitsplätze müssen umgehend insbesondere mit Arbeitslosen besetzt, Überstunden abgebaut werden.

Durch eine integrierte, aktive Arbeitsmarktpolitik wollen wir Arbeitslosigkeit bekämpfen, den wirtschaftlichen Strukturwandel unterstützen und Dauerarbeitsplätze schaffen. Wir wollen vorrangig Beschäftigung und Qualifizierung, nicht Arbeitslosigkeit finanzieren.

Wir setzen uns für eine umfassende Reform des Arbeitsförderungsgesetzes ein, um die Voraussetzungen einer wirkungsvollen Arbeitsmarktpolitik zu verbessern. Das Programm „Arbeit 90" ist der Anfang einer integrierten Arbeitsmarktpolitik für ganz Berlin. Öffentliche Ausgaben werden wir mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verknüpfen und so eine dauerhafte Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt erreichen. Bis zu einer umfassenden Reform des Arbeitsförderungsgesetzes werden wir die vorhandenen Instrumente (z. B. Einarbeitungszuschüsse, ABM) noch intensiver und zielgerichtetet einsetzen, um vor allem benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarktes in Dauerbeschäftigung zu bringen.

Wir werden Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften einrichten, die besonders zur Verbesserung der Infrastruktur tätig werden sollen. Diese Gesellschaften können Arbeitslose individuell betreuen sowie Qualifizierung und Beschäftigung dem Einzelfall entsprechend anbieten bzw. vermitteln.

Das neue Bildungsurlaubsgesetz werden wir durch ein Weiterbildungsgesetz ergänzen, das der beruflichen Entwicklung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dienen soll. Wir wollen einen öffentlichen Beitrag zur Bereitstellung eines quantitativ ausreichenden und qualitativ hochwertigen Angebots an Ausbildungsplätzen.

Das Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte der Stadt darf nicht zu Lasten der Erwerbsmöglichkeiten von Frauen gehen. Deswegen wollen wir in die Programme zur Unterstützung des Strukturwandels und für die Schaffung von Dauererwerbsarbeitsplätzen auch solche Industrien und Dienstleistungsgewerbe einbeziehen, in denen heute überwiegend Frauen arbeiten. Auch in diese Betriebe sollen Modernisierungshilfen fließen, auch in diesen Bereichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften gegründet werden. Für alle Kinder, insbesondere für erwerbstätige Eltern, müssen Kinderkrippen- und Kindertagesstättenplätze sowie Hortplätze zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden wir ein besonderes Frauenförderprogramm schaffen, um Frauen die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit zu erhalten bzw. ihnen den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu ermöglichen.

Der ökologische Stadtumbau wird fortgesetzt

Eine zukunftsorientierte Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik für die Region Berlin ist gemeinsam mit dem Land Brandenburg zu entwickeln. Hierbei geht es um einen Interessenausgleich zwischen der Stadt und dem Umland. Dies soll über die Bildung eines Umlandverbandes auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen Berlin und Brandenburg sichergestellt werden. Die Entwicklung der Gesamtstadt und der Region erfordern Kreativität und Ideenaustausch auf internationalem Niveau.

Eine demokratische Planung setzt die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen und Fachleuten voraus. Mit den Planungsvorgaben, die heute gesetzt sind, werden Weichen für zukünftige Generationen gestellt. Dies ist eine große und faszinierende Herausforderung. Für die Bürgerinnen und Bürger offene Diskussions- und Planungsprozesse sind entscheidend für die Qualität des Zusammenwachsens und die Akzeptanz der Planungsergebnisse.

Ein räumliches Gesamtmodell

Die Gestaltung einer menschenwürdigen Stadt und der notwendige ökologische Stadtumbau für ganz Berlin erfordern ein neues, zukunftsorientiertes städtebauliches Leitbild.

Berlin hat viele städtische Zentren. Diese wollen wir möglichst erhalten und durch eine sternförmige Entwicklung der Siedlungsstrukturen in das Umland ergänzen. Das entlang der Bahnlinien zur Stadtmitte hin verdichtete Stadtgebiet ist gleichermaßen durchzogen von Landschaftsräumen, Grünzügen, Freiflächen oder Gebieten mit lockerer Bebauung, die im Interesse eines gesunden Stadtklimas zu erhalten sind. Voraussetzungen für die politische Umsetzung dieses Leitbildes sind vor allem:

— Ein Gesamtkonzept künftiger Flächennutzungen einschließlich eines daraus abgeleiteten Verkehrskonzeptes. Diese Planungen müssen umfassend auf ihre langfristigen ökologischen Folgen überprüft werden.
— Sicherung und Entwicklung von Entlastungsräumen mit ihren vielseitigen ökologischen Funktionen, d.h. sowohl kleinräumig in der Innenstadt als auch großräumig in der Region, und mit hoher landschaftsräumlicher Qualität.
— Entwicklung eines Konzepts zur behutsamen Tourismus-Steuerung in das Umland Berlins. Die vorhandenen hochwertigen Landschaftsräume dürfen nicht durch ungehemmte Inanspruchnahme in ihrem Erholungswert gemindert werden. Das bedeutet u. a.: Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind gleichermaßen von der Belastung durch ungezügelten Tourismus sowie durch umweltbelastende und flächenverbrauchsintensive Sportarten freizuhalten.

Für den Großraum Berlin muß ein Kleingartengesamtkonzept entwickelt werden, das die Versorgungsdefizite im Umland und in der Stadt vermindert. Dabei sind die positiven Wirkungen von Kleingartengebieten gerade in verdichteten Innenstadtbereichen besonders zu beachten. Ein Verdrängen von Kleingärten an den Stadtrand kann daher nicht befürwortet werden.

Es sind vorrangige Ausflugsgebiete mit Rad- und Wanderwegen zu entwikkeln.

Ökologischer Umbau in der Industrie und Schutz der natürlichen Umwelt

Wir werden im Rahmen unserer Industriestrukturpolitik die Herstellung umwelt- und entsorgungsfreundlicher Produkte sowie die Nutzung schadstoffvermeidender und energiesparender Produktionsverfahren in den Vordergrund stellen. Wir werden die erfolgversprechenden Ansätze unseres Programms „Arbeit und Umwelt" ausbauen und damit Arbeitsplätze schaffen. Berlin hat alle Voraussetzungen für ein internationales Dienstleistungszentrum in der Umweltforschung, Umweltpolitik und Umweltwirtschaft. Diesen Standortvorteil wollen wir nutzen.

Unser Konzept der Abfallwirtschaftspolitik ist bestimmt durch die Rangfolge Vermeiden — Verwerten — Beseitigen. Für die gesamte Stadt ist ein Abfallwirtschaftsplan zu erstellen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2000 das Abfallaufkommen in der Stadt zu halbieren. Wo Appelle an Wirtschaft und Verbraucher nicht wirken, werden wir die Möglichkeit von Verboten prüfen. Wir werden ein wirkungsvolles Abfallverwertungskonzept entwickeln. Dazu gehört auch, daß das Sekundärrohstoff- sowie Mehrwegsystem (SERO) im Ostteil der Stadt erhalten, verbessert und auf Gesamtberlin erweitert wird. Für den verbleibenden Abfall ist weitmöglichst innerhalb des Stadtgebietes die thermische Verwertung in Anlagen mit modernster Abgastechnik bzw. eine gesicherte Deponierung vorzusehen. Dieses

Konzept ist mit dem Umland gemeinsam zu entwickeln. Für Sonderabfälle sind gemeinsam mit den Verursachern Vermeidungskonzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Das Altlastensuchkonzept muß intensiviert und auf die Gesamtregion erweitert werden. Wir werden ein umfassendes Bodensanierungs- und Bodenschutzprogramm entwickeln.

Es darf nicht vom Zufall abhängen, welche asbestbelasteten Gebäude saniert werden. Deshalb wollen wir ein umfangreiches Untersuchungsprogramm bei allen Verdachtsbauten in der Stadt durchführen und daraus ein Sanierungsprogramm entwicklen.

Wir brauchen ein integriertes Konzept für den Schutz und die Pflege von Grund- und Oberflächenwasser. Mit der Indirekteinleiterverordnung hat der Senat ein wichtiges Instrument geschaffen, um Betriebe zu überwachen, die mit wassergefährdenden Stoffen arbeiten. Dieses Instrument ist in der ganzen Stadt anzuwenden.

Mit der neuen Smogverordnung ist ein erster Schritt zu einer Gesamtberliner Luftreinhaltepolitik getan. Ziel unserer Politik ist es, die Smogverordnung durch eine konsequente Luftreinhalteplanung überflüssig zu machen. Auch die Ozonbelastung muß durch geeignete Maßnahmen — auch Einschränkungen des Individualverkehrs — vermieden werden.

Wir werden einen Infrastrukturausgleich zwischen beiden Stadtteilen anstreben, weil vornehmlich dort investiert werden muß, wo der Nutzen für uns alle am größten ist. So kann mit der gleichen Investitionssumme im Ostteil der Stadt bei der bisher veralteten Technik ein vielfacher Umweltschutzeffekt erreicht werden.

Lärm macht krank. Wir werden einen umfassenden Plan erarbeiten, um Lärm zu vermindern.

Vorrang für das Energiesparen

Wir werden ein ökologisch orientiertes Energiekonzept für ganz Berlin erarbeiten und durchsetzen. Hauptziele sind Energieeinsparung, Schadstoffreduzierung, Nutzerfreundlichkeit und Effektivität. Es kann keinen ökologischen Stadtumbau ohne eine umweltverträgliche Energieerzeugung und den sparsamen, rationellen Umgang mit Energie geben. Dazu gehören u. a. eine konsequente Energiesparpolitik, die Nutzung von regenerativen Energien und Kraft-Wärmekoppelung sowie der Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Die Verwendung von Strom zur Wärmeerzeugung ist weiter einzuschränken — der Nutzung von Fernwärme, Abwärme und der Gasversorgung ist Vorrang zu geben. Zur Senkung des Primärenergieverbrauchs wird die Einrichtung von Eigenstromerzeugern gefördert. Wir brauchen Stromtarife, die Stromsparen belohnen. Eine Privatisierung der Energieversorgung im Ostteil der Stadt darf es nicht geben. Politisches Ziel muß es sein, eine Kommunalisierung der Energieversorgung in beiden Teilen der Stadt zu erreichen. Umweltschutz soll ein Unternehmensziel der BEWAG werden. Dazu müssen wir umgehend mit der BEWAG in Verhandlungen über einen neuen Konzessionsvertrag treten. Zusätzliche Kraftwerkskapazitäten werden wir nicht genehmigen. Vorrang müssen zum einen eine konsequente Energiesparpolitik, zum anderen die unverzügliche Modernisierung der veralteten Anlagen im Ostteil der Stadt haben.

Besonders in den schadstoffbelasteten Innenstadtbezirken müssen die Heizungen in den Altbauten mit dem Ziel modernisiert werden, Fernwärme aus modernen Heizkraftwerken statt der Braunkohlebriketts einzusetzen. Die beiden bestehenden Fernwärmenetze müssen miteinander verbunden werden. In den unterversorgten Stadtrandgebieten sind Gasheizungen vorzusehen. Die Gasversorgung ist auch im gewerblichen und industriellen Bereich mit Vorrang auszubauen.

Ökologischer Stadtumbau und bezahlbare Wohnungen

Die Berliner Mischung von Wohnen, Arbeiten und Erholung muß erhalten bleiben.

Wir wollen keine Schlafstädte am Stadtrand und keine öden Dienstleistungszentren in der Innenstadt. Stadtgestaltung und Architektur beeinflussen das Wohlbefinden der Menschen. Deshalb werden wir kritische Maßstäbe an Planung und Bauausführung anlegen.

Die historische Bausubstanz im Ostteil der Stadt ist viel zu lange vernachlässigt worden. Hier sind noch größere Anstrengungen notwendig als im Westteil der Stadt. Sozialdemokraten wollen den weiteren Verfall stoppen, Leerstand beseitigen und die Lebensverhältnisse der Bewohner nachhaltig verbessern. Der Erhalt von Altbausubstanz geht vor Abriß und Neubau. Der Verfallsprozeß vieler Häuser in Ost- Berlin muß schnell gestoppt werden. In der gesamten Stadt müssen in den kommenden Jahren 50 000 bis 60 000 Wohnungen pro Jahr modernisiert bzw. erneuert werden.

Wir werden der Instandsetzung in den nächsten Jahren Priorität einräumen. Der Bedarf an Modernisierungsmaßnahmen im ehemaligen Westteil der Stadt ist unvermindert hoch, aber im ehemaligen Ostteil war er wegen des niedrigen Versorgungsgrades mit Toiletten, Bädern und Zentralheizung noch höher. Die Lebensqualität in den Wohnungen muß durch den Einbau von Bädern und Gasetagenheizungen verbessert werden. Die Förderung der Modernisierung durch Mieter ist dabei wichtig.

Gegenwärtig sind 16 500 Wohungen im Bau, mehr als in jeder anderen deutschen Stadt. Die Bewilligungszahlen der Jahre 1989 und 1990 im Wohnungsneubau sind die besten der 80er Jahre. Dennoch bleiben diese Zahlen hinter dem Bedarf zurück. Dieser Bedarf, also die Differenz zwischen der Zahl der Haushalte und der Anzahl der verfügbaren Wohnungen, beläuft sich in Gesamtberlin auf ca. 150 000 Wohnungen. Wir müssen deshalb zu allererst die Bedürfnisse derjenigen befriedigen, die ohne eigene Wohnung sind oder in unzureichenden Wohnverhältnissen leben. Für ganz Berlin wollen wir in den kommenden fünf Jahren 75 000 Wohnungen neu bauen.

Das Zusammenwachsen der beiden Stadthälften mit dem Umland ändert nichts an der dramatischen Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Wir brauchen den Wohnungsneubau bei uns jetzt. Wer sich dem heute mit dem Hinweis auf eine mögliche Baulandreserve außerhalb der Stadt verschließt, mißachtet die aktuelle Not der wohnungssuchenden Menschen und gleichzeitig die ökologischen Wirkungszusammenhänge. Es ist sinnvoller, Flächenressourcen im Stadtgebiet zu nutzen, als das Umland planlos zu zersiedeln.

Der ehemalige Mauerstreifen soll im Sinne der Wiederherstellung der historischen Stadtstruktur genutzt werden. Nicht ausgelastete Lager und fehlgenutzte Uferflächen entlang von Spree und Havel sollen für die Stadt besser verwendet werden. Die Wohnungsbaureserven bei Lückenschließungen und im Dachgeschoßausbau müssen jetzt auch im Ostteil Berlins verstärkt erschlossen werden. Berlin als Hauptstadt und Dienstleistungsmetropole wird eine Vielzahl von Neu-Berlinern in die Stadt bringen. Deshalb werden die Neubauleistungen zukünftig sowohl innerhalb wie auch außerhalb Berlins zu erbringen sein. Es ist nicht sinnvoll, Berlin mit einem Gürtel von Einfamilienhaussiedlungen einzuschnüren.

Der Schwerpunkt des Wohnungsneubaus muß weiterhin im sozialen Wohnungsbau liegen. Die städtischen und gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften in Ost und West werden auch künftig Hauptträger des sozialen Wohnungsbaus bleiben. Die städtischen Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften verfügen nicht über genügend Grundstücke, um ihre Bautätigkeit der Nachfrage entsprechend gestalten zu können. Die SPD setzt sich deshalb für eine aktive Grundstückspolitik ein. Die Wohnungen der früheren Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) dürfen der öffentlichen Verfügung nicht entzogen werden.

Die Berliner SPD ist für eine schrittweise Umstellung der gesamten Wohnungsbauförderung auf Baudarlehen. Diese Umstellung schafft eine langfristig solide Finanzierungsstruktur und schützt die Mieter vor unerwarteten Mietpreissteigerungen durch erhöhte Kapitalmarktzinsen. In Berlin werden Baugenehmigungen jetzt schneller erteilt. Dieser Trend muß verstärkt werden.

Berlin darf keine Wüste aus Stein, Beton und Asphalt werden. Urbanes Leben und eine lebenswerte Umwelt sind keine unüberbrückbaren Gegensätze. Der ökologische Stadtumbau, den die rot-grüne Koalition begonnen hat, muß fortgesetzt werden, damit die Berlinerinnen und Berliner in der Stadt ein gesundes Leben führen können.

Dabei müssen die vorhandenen Grünflächen und Erholungsmöglichkeiten in der Stadt erhalten bleiben und auch neue geschaffen werden. Wir werden das Wohnumfeld in den großen Neubausiedlungen verbessern. Vorrang hat dabei eine großzügige und phantasiereiche Begrünung in Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen.

Die Stadt der Zukunft muß auch frauen- und kinderfreundlich sein. Das muß entsprechende Konsequenzen für Grundrisse, Erschließung und Wohnumfeld haben. Die SPD fördert deshalb verstärkte Beteiligung von Frauen in Architektur und Stadtplanung. Die Stadtplanung muß dazu beitragen, daß Menschen jeden Alters die Stadt ohne Angst als Lebensraun nutzen können.

Ein Drittel aller Berlinerinnen und Berliner im Ostteil der Stadt leben in Satellitensiedlungen. Um den Wohn- und Schlafstadtcharakter der in Großtafelbauweise erstellten Neubausiedlungen zu verhindern, muß zukünftig anders und mit anderen Materialien gebaut werden. Die Siedlungen müssen grüner werden, sie brauchen öffentliche Dienstleistungen und private Versorgung vor Ort. Die SPD will den Wertausgleich innerhalb der Stadt.

Die neue Wohnungsbauförderung erlaubt es, innerhalb der Stadt ökologisch zu bauen und setzt ökologische Mindeststandards. Wir werden den Kündigungsschutz bei Eigenbedarf weiter verbessern und eine Mietenexplosion verhindern. Berlin braucht eine neue Form der Mietpreisbindung als Dauerrecht.

Die Bundesregierung hat im Einigungsvertrag die Verantwortung an sich gezogen, verbindliche Mietobergrenzen für den Ostteil der Stadt festzulegen. Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, daß die Mieten in beiden Teilen Berlins bezahlbar bleiben. Im Ostteil der Stadt müssen Mieterhöhungen an die Einkommensentwicklung gekoppelt werden. Wenn die Miete eine bestimmte Höhe überschreitet, muß dies durch Wohngeld ausgeglichen werden.

Die aktuelle Misere in der Berliner Wohnungsversorgung läßt sich nicht schlagartig beseitigen. Die Gründe für die derzeit schwierige Lage liegen in der vierzigjährigen Mißwirtschaft des SED-Regimes und in den jahrelangen Versäumnissen und Fehleinschätzungen des früheren CDU/FDP-Senats. Nur ein Bündel von wohnungs- und stadtpolitischen Maßnahmen kann die Situation verbessern.

Verkehrspolitik: Vorfahrt für Vernunft

Die Berliner Sozialdemokratie hat die Wende in der Verkehrspolitik eingeleitet. Zu dieser menschen- und umweltgerechten Verkehrspolitik gibt es keine vernünftige Alternative.

Fläche ist und bleibt knapp, die Motorisierung im Umland Berlins nimmt zu. Berlin wird wieder mit den süd- und osteuropäischen Regionen verknüpft. All das macht grundsätzliche Entscheidungen notwendig. Die Verkehrspolitik muß eingebettet sein in die Regional- und Stadtentwicklung. Wir brauchen einen Gesamtverkehrsplan für die Region Berlin, der alle Verkehrsträger einbezieht.

Vorfahrt für Busse und Bahnen

In den wenigen Monaten der Regierungsverantwortung sind bereits sichtbare Erfolge erzielt worden: Die Umweltkarte ist ein echter Renner. Busse fahren schneller auf eigenen Spuren. Busse und Bahnen fahren in immer kürzeren Abständen. Deshalb nutzen immer mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr. Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden an ihrem Konzept festhalten und dem öffentlichen Personennahverkehr die erste Priorität einräumen.

Wir brauchen: Attraktivere und übersichtlichere Tarife. Ein umfassendes Netz von Busspuren. Noch kürzere Taktzeiten, vor allem bei den Großen Gelben. Einen beschleunigten Ausbau und die Wiederinbetriebnahme weiterer innerstädtischer S-Bahn-Strecken sowie der Verbindungen mit dem Umland. Die Fortführung des U-Bahn-Baus. Einbeziehung der umweltfreundlichen Straßenbahn in das gesamte Verkehrsnetz. Zug um Zug muß auch hier ein moderner Wagenpark angeschafft werden.

Dieses attraktive Nahverkehrsangebot kann nur ein leistungsstarker und moderner Verkehrsbetrieb gewährleisten. Deshalb müssen BVG und BVB umgehend zu einem einheitlichen Eigenbetrieb vereinigt werden. Da der Nahverkehr nicht an den Grenzen Berlins haltmachen kann, muß Berlin zusammen mit anderen Regionen einen Berliner Regional- und Nahverkehrsverbund gründen, der sich aus den verschiedenen Verkehrsbetrieben und Unternehmen zusammensetzt. Wie in anderen westdeutschen Ländern auch muß die S-Bahn vom Bund getragen werden.

Mehr Sicherheit auf Bahnhöfen und in Zügen

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) wie auch der Fernverkehr müssen nicht nur schnell und preisgünstig, sondern auch sicher sein. Um die Sicherheit der Fahrgäste vor allem in den Abend- und Nachtstunden zu erhöhen, sind weitere Sicherheitsmaßnahmen im ÖPNV — von der Beleuchtung bis zur Verstärkung des BVG-Ordnerdienstes — dringend notwendig. Es ist aber auch die Zivilcourage und Solidarität aller Fahrgäste gefragt. Zur Verbesserung der Sicherheit ist die Forderung nach Nachttaxis für Frauen weiterhin aktuell.

Eine menschengerechte, nicht autogerechte Stadt

Dichter Individualverkehr ist schädlich. Deshalb müssen vor allem die täglichen Fahrten mit dem PKW verringert werden. Autobahn- oder Schnellstraßenneubau werden nur solange weiterverfolgt, wie sie zur Entlastung von Wohngebieten dringend erforderlich sind. Sie sind durch flankierende Maßnahmen städtebaulich und ökologisch verträglich zu gestalten.

Die Tempo-30-Zonen haben die Verkehrssicherheit erhöht, zur Verminderung von Lärm und Abgas beigetragen. Die Verkehrsberuhigung muß zukünftig noch enger mit der Verbesserung des Wohnumfeldes verbunden werden, insbesondere vor Kitas und Schulen. Mehr Straßenverkehr in Berlin macht eine verbesserte Verkehrserziehung für Kinder notwendig.

Parken wird in Berlin mehr und mehr zum Problem. Deshalb wollen wir: Anwohner sollen zukünftig bevorrechtigt an öffentlichem Straßenland parken dürfen. Der Wirtschaftsverkehr muß seine Park- und Entlademöglichkeiten erhalten. Dafür sind mehr Lieferzonen einzurichten.

Für den Berufs- und Einkaufsverkehr werden in Zukunft im öffentlichen Straßenraum weniger Parkplätze angeboten. Der öffentliche Personennahverkehr bietet stattdessen Park and Ride oder Bike and Ride an. Parken in der City und in den Bezirkszentren wird nicht mehr kostenlos sein und zeitlich begrenzt werden.

Eine menschenfreundliche Stadt muß den schwächsten Verkehrsteilnehmern, Menschen zu Fuß oder auf dem Rad, bessere Chancen einräumen. Die Einrichtung von Fahrradstreifen und Fahrradrouten muß daher verstärkt vorangetrieben werden. Beim öffentlichen Personennahverkehr ist vor allem das Angebot für ältere Menschen und Behinderte zu verbessern.

Mehrgleisig in die Zukunft

Die Eisenbahn muß in der Konkurrenz zu den übrigen Verkehrsträgern gestärkt werden. Mehr Menschen sollen geschäftlich wie privat die Bahn nutzen. Berlin wird wieder ein Verkehrsknoten für den Schienenverkehr in Europa.

Investitionen in die Bahn sind Investitionen für die Umwelt. Die Bahn braucht gleiche Chancen. Dazu ist erforderlich: Der Staat muß wie bei der Straße die Kosten für Bau und die Unterhalt des Schienennetzes übernehmen. Die Bahn muß zukünftig eine Gebühr für die Nutzung des Schienenverkehrs erheben. Die Kosten für Leistungen, die der Staat dem Unternehmen im Interesse der Allgemeinheit auferlegt, hat der Staat zu tragen. Reichsbahn und Bundesbahn müssen rasch ein Unternehmen werden. Die Investitionen in das Schienennetz der neuen Bundesländer haben Vorrang.

Aus Berliner Sicht sind folgende Prioritäten zu setzen:

- Der zügige Ausbau der Verbindung von Hannover über Stendal nach Berlin.
- Die Modernisierung der Strecken nach Hamburg, Rostock, nach Leipzig, in den Raum Frankfurt/Main und München sowie nach Dresden und Frankfurt/Oder mit deren Weiterführungen in die osteuropäischen Staaten.
- Stadtbahn und Regionalschienenverkehr in der Region Berlin müssen rasch verknüpft werden.
- Güter gehören möglichst auf die Schiene, nicht auf die Straße. Dazu sollen Güterverteilzentren zwischen dem äußeren Schienen- und Autobahnring entstehen und bestehende Ortsgüterbahnhöfe innerhalb der Stadt für die Verteilung zum Verbraucher genutzt werden.

Keine grenzenlose Freiheit für den Berliner Luftverkehr

Auch die besten Schienenanbindungen werden den Flugverkehr nicht überflüssig machen können. Mit dem Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort Berlin wird die Bedeutung des Flugverkehrs noch wachsen. Die Flughäfen Tegel, Tempelhof, Gatow und Schönefeld sind wegen ihrer innerstädtischen bzw. stadtnahen Lage für die Abwicklung eines solchen Flugverkehrs auf Dauer nicht geeignet. Die Belastungen für die Bevölkerung sind bereits jetzt erheblich. Die Berliner SPD setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, daß ein neuer Flughafen Berlin-International im Süden, außerhalb der Stadt, errichtet wird. Die lange Planungs- und Bauzeit macht es erforderlich, daß die Bundesregierung umgehend die Vorbereitungen für ein solches Projekt einleitet. Mittelfristig stellt die SPD folgende Forderungen in den Mittelpunkt:

- Der Flugverkehr muß arbeitsteilig zwischen Schönefeld und Tegel abgewikkelt werden. Veraltete, überlaute und abgasintensive Maschinen haben in Berlin nichts mehr verloren. Die internationalen Lärmschutzrichtlinien der Kategorie 3 müssen strikt angewandt werden. Fluggesellschaften, die diese Normen nicht erfüllen, dürfen nicht zugelassen werden.
- Neben der strengen Einhaltung des Nachtflugverbotes muß die Ausdehnung der Lärmschutzzone auf die Region Schönefeld erfolgen, zudem sind die Landegebühren für lärmintensive Flugzeuge drastisch zu erhöhen.

Binnenschiffahrt

Der Binnenschiffsverkehr muß verbessert werden. Dann wird dieser Verkehrsträger eine bessere Marktstellung erlangen. Wir wollen:

- Herstellung eines neuen Wasserstraßenkreuzes Elbe/Mittelland- bzw. Elbe/Havelkanal (Staustufenlösung) bei Magdeburg.
- Ausbau des Teltowkanals im Bereich Mariendorf, Rudow.
- Inbetriebnahme der Teltowkanalstrecke Rudow, Grünau.
- Ausbau der Plötzensee-Schleuse für den Verkehr mit Europa-Schiffen.
- Grundinstandsetzung der Spandauer Schleuse ohne Erweiterungsmaßnahmen.

Berliner Seen und Regionalgewässer

Mit Ausnahme der Binnenschiffahrt sowie der Ausflugsschiffe ist der Motorbootverkehr auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Das Fahrverbot für Motorboote auf dem Müggelsee ist wegen dessen Bedeutung als Trinkwasserreservoir beizubehalten.

Den inneren Frieden sichern, den Rechtsstaat ausbauen

Ganz Berlin braucht den Rechtsstaat und eine bürgernahe Verwaltung. Dies gilt nach langer, folgenschwerer Unterdrückung im Ostteil der Stadt in besonderer Weise. Wir stehen für innere Liberalität und für den inneren Frieden in unserer Stadt. Die schnelle Vereinigung Berlins hat noch keine Zeit für eine erneuerte Berliner Verfassung gelassen. Wir streben an, daß das Gesamtberliner Parlament die Verfassung von Grund auf überarbeitet und das Ergebnis einer Volksabstimmung unterwirft. Dabei sollen vor allem die sozialen Rechte und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger, das Recht auf Arbeit, das Recht auf angemessenen Wohnraum, die Gleichstellung der Frauen, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Grundrecht und Staatsziel sowie der weitere Ausbau des sozialen Rechtsstaats im Vordergrund stehen.

Bürgernahe Verwaltung für ganz Berlin

Wir wollen eine Verwaltung, die für die Menschen orts- und bürgernah arbeitet. Dazu muß die nach den Vorschlägen der Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses eingeleitete durchgreifende Verwaltungsreform erfolgreich zum Abschluß gebracht werden. Wir wollen die schöpferische Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Berlin hat nun 23 Bezirke. Die Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung bleibt unser Ziel. Wir wollen das Bezirksverwaltungsgesetz verbessern und den Bürgerentscheid auf Bezirksebene sowie das politische Bezirksamt einführen.

Wir streben eine gute Zusammenarbeit mit allen Mitarbeitern, den Gewerkschaften und Personalräten an. Dazu wird das Personalvertretungsgesetz verbessert. Wir wollen eine gläserne Verwaltung für die Bürger. Deshalb werden wir erstmals in Deutschland ein Informationsfreiheitsgesetz verabschieden, das den Bürgern grundsätzlich Einsicht in Akten und Daten eröffnet.

Die Übernahme von Aufgaben der bezirklichen Selbstverwaltung ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ostteil der Stadt eine neue Herausforderung. Deshalb müssen wir im großen Umfang für Aus- und Fortbildung, für Nachqualifizierung und Umschulung sorgen. Der größte Teil der Mitarbeiter des Magistrats, der Bezirke im Ostteil und der kommunalen Einrichtungen wird weiter im öffentlichen Dienst seinen Arbeitsplatz haben. Die Mitarbeiter der Ministerien im Ostteil der Stadt und in deren nachgeordneten zentralen Institutionen haben ein Recht zu wissen, was mit ihnen geschieht. Das Land Berlin kann diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht übernehmen. Aber auch sie sind Bürgerinnen und Bürger Berlins. Deswegen setzen wir uns auch für ihre materiellen Interessen und für ihre Zukunft ein. Allerdings ist hier die Bundesregierung gefordert. Die Frage, ob Berlin Hauptstadt, Parlaments- und Regierungssitz bleibt, ist gerade für diese Menschen und ihre Familien eine soziale Frage. Sie warten auf eine klare Antwort. Wir haben erreicht, daß der Bund und die Länder eine gemeinsame Clearing-Stelle einrichten, welche die Übernahme von Beschäftigten der zentralen Verwaltungen der ehemaligen DDR im einzelnen regeln soll.

Innerer Frieden ist mehr als innere Sicherheit

Sicherheitspolitik, die zum inneren Frieden beiträgt, ist der Achtung und dem Schutz der Menschenwürde, rechtsstaatlichen Grundsätzen und den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Sicherheitspolitik muß Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum sowie die anderen wichtigen Rechtsgüter des Einzelnen und der Gemeinschaft schützen. Staatliche Maßnahmen im Rahmen der Sicherheitspolitik müssen in angemessenem Verhältnis zu ihren Zielen stehen. Totale Sicherheitspolitik bedeutet totale Unfreiheit.

Wir werden weiter Sicherheit, inneren Frieden und Liberalität für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Der Schutz des Einzelnen und der Gemeinschaft ist ebenso notwendig wie ein toleranter Umgang mit Minderheiten. Die Politik darf ungelöste Probleme nicht der Polizei aufbürden. Organisierte, Wirtschafts-, Korruptions- und Umweltkriminalität schaden der Gesellschaft besonders. Die Täter dürfen sich nicht mit Hilfe ihrer gesellschaftlichen Stellung der Strafverfolgung entziehen.

Die Polizei wird weiterhin militante Straßengewalt besonnen und rechtsstaatlich bekämpfen. Sie wird alles tun, um Konflikte zu mindern und der Gewaltanwendung vorzubeugen. Wo nötig, wird sie entschlossen eingreifen. Die Polizei aus dem Ostteil der Stadt muß in angemessener Weise in die Polizei Berlins integriert werden. In diesem Zusammenhang ist besonders wichtig, daß die Berlinerinnen und Berliner wieder das Vertrauen in die Polizei gewinnen. Die Entwicklung der Polizei zu einer Bürgerpolizei wird fortgesetzt, wobei Dezentralisierung zu einer größeren Bürgernähe führen wird. Die Polizei muß weiterhin dem Anspruch gerecht werden, nicht als obrigkeitsstaatliches Machtorgan, sondern als Instanz zur Gewährleistung von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Wir werden die Aus- und Fortbildung der Polizei weiter verbessern und sie zur übrigen Arbeitswelt bzw. zu anderen Ausbildungsinstitutionen öffnen. Das bereits eingeführte regelmäßige Bewußtseins- und Verhaltenstraining wird fortentwikkelt und ausgebaut. Die Freiwillige Polizeireserve wird nicht bestehen bleiben, weil die Grundlage ihrer Aufgaben weggefallen ist.

Keine neue Gesinnungsschnüffelei

1,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Ostteil der Stadt haben jahrzehntelang unter der Stasi gelitten. Gerade deshalb fühlen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns darin bestärkt, daß Behörden personenbezogene Daten nur mit äußerster Zurückhaltung sammeln und nutzen. Die Aufarbeitung des Stasi-Erbes muß in erster Linie eine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger der früheren DDR sein. Die Behörden der Gesamtstadt werden unter sozialdemokratischer Führung angehalten werden, mit diesem Stasi-Erbe sensibel und im Interesse der Opfer umzugehen.

Die Stasi-Unterlagen müssen sicher archiviert werden, damit sie kontrolliert für Rehabilitierung, die Verfolgung von Verbrechen und für die historische Würdigung einer unmenschlichen Epoche zur Verfügung stehen.

Diejenigen, die für die politische Unterdrückung und Bespitzelung in der ehemaligen DDR auf den verschiedenen Ebenen verantwortlich gewesen sind oder sich gar strafbar gemacht haben, dürfen keine verantwortlichen politischen und wirtschaftlichen Stellungen innehaben. Wir wollen aber kein Klima neuer Gesinnungsschnüffelei und neuer Berufsverbote als Sanktionen gegen politische Überzeugungen. Berlin muß eine Hochburg von Rechtsstaatlichkeit und Liberalität sein.

Die mannigfachen Fehlentwicklungen früherer Jahre beim Verfassungsschutz im Westteil der Stadt werden wir weiterhin zielstrebig ausräumen. Wir wollen keinen Geheimdienst, sondern eine weithin offen arbeitende Nachrichtenbehörde. Sie darf keinen verstaubten Feindbildern nachhängen, sondern muß ihren Beitrag dazu leisten, daß den Gefahren von heute angemessen und rechtsstaatlich begegnet werden kann. Wir werden dafür sorgen, daß auch in Berlin Telefon- und Postkontrollen so bald wie möglich parlamentarischer Überwachung unterworfen werden.

Wir wollen umgehend ein neues Verfassungsschutzgesetz schaffen, das präzise die Rechte der Bürger regelt und die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes eingrenzt.

Den Rechtsstaat ausbauen

Rechts- und Sozialstaatlichkeit in der Rechtspflege, Gleichheit, Liberalität und Transparenz sind die sozialdemokratischen Leitmotive auch der zukünftigen Justizpolitik. Gleichzeitig darf die Sicherheit der Bevölkerung nicht vernachlässigt werden. Sozialdemokratische Rechtspolitik will vor Kriminalität und sozialschädlichem Handeln schützen, einen wirksamen Rechtsschutz sicherstellen, die Rechtspflege ausreichend ausstatten, politische und wirtschaftliche Macht rechtsstaatlich kontrollieren.

Wir werden ein Berliner Verfassungsgericht errichten. Im Ostteil der Stadt wird eine rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtete, unabhängige Gerichtsbarkeit aufgebaut. Das während des Unrechtsregimes verlorengegangene Vertrauen in die Justiz muß dort wieder hergestellt werden. Unrechtsurteile der Vergangenheit sind zu aufzuheben. Strafwürdiges Unrecht, begangen von Staatsfunktionären, wird verfolgt.

Beim Problem unverschuldet in Not geratener Menschen wollen wir Hilfe leisten. Umschuldungskonzepte, die von Restschulden befreien können, müssen gesetzlich verankert werden. Der präventive Verbraucher- und Schuldnerschutz muß weiter ausgebaut werden. Bürgernahe Information ist entscheidend für seine Wirkung.

Strafrecht kann weder politische noch gesellschaftliche Konflikte lösen. Deshalb darf es kein Gesinnungsstrafrecht geben. Im Schwangerschaftskonflikt ist der Einsatz des Strafrechts verfehlt und wirkungslos. Hier ist Hilfe statt Strafe gefordert. Auch Schwule und Lesben haben Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung. Im Grundgesetz und in der neuen Gesamtberliner Verfassung ist zu verankern, daß niemand wegen seiner sexuellen Orientierung benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Insbesondere ist eine strafrechtliche Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Menschen sicherzustellen. Deshalb tritt die Berliner SPD für die ersatzlose Streichung diskriminierender Strafrechtsvorschriften ein (§ 175 StGB, homosexuelle Handlungen und § 182 StGB, Verführung).

Jugendkriminalität ist häufig ein entwicklungsbedingtes und vorübergehen-

des Verhalten. Oft fördert die Freiheitsstrafe eher die Kriminalität als abzuschrekken. Jugendhilfe geht vor Jugendstrafe.

Der Strafvollzug soll Verurteilte wieder in die Gesellschaft eingliedern. Die Situation im Strafvollzug muß verbessert werden, ohne den Schutz der Allgemeinheit zu vernachlässigen. Resozialisierung ist Vorbeugung gegen zukünftige Straftaten. Deshalb müssen Verurteilte Ausbildungen absolvieren können, deshalb muß das Arbeitsentgelt in den Haftanstalten erhöht werden, damit der durch die Tat entstandene Schaden wieder gut gemacht werden kann. Um das Leben im Vollzug den allgemeinen Lebensverhältnissen so weit wie möglich anzugleichen, ist der offene Vollzug auszubauen.

Gleichberechtigt mit Menschen fremder Herkunft zusammenleben

Menschenrechte sind unteilbar. Sie gelten für jede Frau und jeden Mann, unabhängig von Nationalität, Rasse oder sozialer Herkunft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten widersetzen uns deshalb jeder Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wo immer sie auftreten: Bei Behörden, in Schulen, in Betrieben oder auf der Straße. Die Qualität unserer demokratischen Gesellschaft zeigt sich gerade im Umgang mit Minderheiten. Wir wollen ein Berlin, das weltoffen und tolerant ist auch gegenüber Menschen anderer Nationalitäten und Kulturkreise. Die Geschichte Berlins wurde geprägt durch Menschen fremder Herkunft. Auch heute tragen die mehr als 300 000 Berlinerinnen und Berliner mit ausländischen Pässen in beiden Teilen der Stadt durch ihre Arbeit viel zur Entwicklung der Wirtschaft bei. Sie erhöhen die kulturelle Vielfalt sowie die Lebensfähigkeit unserer liberalen Weltstadt. Davon profitieren wir alle. Wir wollen, daß sich die bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wohlfühlen und sich mit ihren kulturellen Eigenarten eine Heimat in der Fremde bewahren können.

Das neue Ausländerrecht der Bundesrepublik ist unzureichend und eröffnet den Berlinerinnen und Berlinern ausländischer Herkunft keine gesicherte Lebensperspektive. Es führt eher zur Ausgrenzung. Daher werden wir uns dafür einsetzen, daß dieses Gesetz neugestaltet wird. Wir wollen für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechtssicherheit gewährleisten, ein Niederlassungsrecht einführen, die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen und politische Mitwirkungsrechte einführen, wie z. B. das Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Den von den ehemaligen DDR-Regierungen über zwischenstaatliche Abkommen in der ehemaligen DDR beschäftigten ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll ein Bleiberecht eingeräumt werden.

Politisch Verfolgte genießen Asyl. Aus den Erfahrungen einer Zeit, in der Millionen Menschen Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden sind, ist dieser Satz in unsere Verfassung geschrieben worden. Das Grundrecht auf Asyl darf nicht außer Kraft gesetzt werden. Die SPD wiedersetzt sich allen Bestrebungen, dieses Grundrecht außer Kraft zu setzen oder zu verwässern. Es darf auch nicht dadurch unterlaufen werden, daß Flüchtlingen die Möglichkeit genommen wird, dieses Recht in Anspruch zu nehmen. Wir wollen weiterhin verfolgten Menschen in Berlin Zuflucht gewähren. Für die Armutswanderung von Süd nach Nord und nun auch von Ost nach West müssen andere Lösungen als das Asylrecht gefunden werden. Die SPD setzt sich auch dafür ein, daß Menschen, die wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, Asyl gewährt wird.

Die Ursachen weltweit steigender Flüchtlingszahlen sind Kriege, zunehmende Menschenrechtsverletzungen und eine ungerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen helfen, diese Ursachen zu beseitigen, für deren Entstehung die reichen Industrienationen mitverantwortlich sind.

Wir wollen mit der Entwicklungspolitik des Landes Berlin zur Lösung der globalen Umweltprobleme beitragen, die Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß stärken und die Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Initiativgruppen sowie die Bildungsarbeit zu Nord-Süd-Fragen intensivieren.

Soziale Sicherheit für Berlin

Die Gesundheits- und Sozialwesen in beiden Teilen der Stadt sind sehr verschieden. Beide Systeme müssen zusammengefügt werden. Dabei wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Bewährtes aus beiden Systemen erhalten. Der Ostteil der Stadt braucht zusätzliche Investitionen für Krankenhäuser und Seniorenheime, für den Aufbau einer leistungsfähigen Sozialverwaltung und vielfältiger sozialer Dienste. Die sozial Schwächeren in beiden Teilen Berlins dürfen im Zuge der Vereinigung nicht an den Rand gedrängt werden. Für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen mehr Plätze in Wohn- und Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Bestehende Einrichtungen wollen wir verbessern, insbesondere müssen mehr Einrichtungen für Kurzzeitpflegestellen und Krankenwohnungen geschaffen werden.

Gesundheitssysteme zusammenfügen und weiterentwickeln

Gesundheitspolitik muß der Krankheit vorbeugen. Schädliche Umwelteinflüsse, gesellschaftliche und individuelle Risikofaktoren sind zu vermindern. Ambulante und stationäre Versorgung muß bedarfsgerecht, leistungsfähig und wirtschaftlich angeboten werden. Dies muß wohnortnah geschehen. Wir wollen einen Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen einrichten. In diesem sollen Leistungsanbieter, Sozialpartner, und vor allem die Betroffenen vertreten sein. Dem Pflegenotstand muß durch bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen entgegengewirkt werden.

Der Krankenhausplan von 1986 ist nicht zuletzt durch die Einigung Berlins überholt. Deshalb werden wir einen neuen Krankenhaus- und Gesundheitsplan sowie einen Pflegebedarfsplan erarbeiten. Sie müssen für ganz Berlin gelten und zugleich den Bedürfnissen des Umlandes Rechnung tragen. Deshalb sind sie in Abstimmung mit dem Land Brandenburg zu erarbeiten. Ziel ist ein abgestuftes und integriertes Versorgungssystem auf der Grundlage einer umfassenden Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Die Demokratisierung des Gesundheitswesens hat im vereinten Berlin bereits begonnen. Das Krankenhausleitungsgesetz im Ostteil der Stadt ist ein Anfang für eine gesetzliche Regelung in ganz Berlin. Diese muß in stärkerem Maße die Rechte und Mitwirkung der Patienten sichern, aber auch die Mitgestaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen.

Die für das Gesundheitswesen im Ostteil der Stadt typischen Polikliniken und Ambulatorien sollen in das Gesamtberliner Gesundheitswesen einbezogen werden. Die präventive und ambulante medizinische Versorgung der Bevölkerung muß auch in der Übergangszeit gewährleistet bleiben. Ambulante und stationäre Versorgung müssen sich besser ergänzen, als dies zur Zeit im Westteil unserer Stadt der Fall ist. In ganz Berlin sind besserer Arbeitsschutz, ökologischer Gesundheitsschutz, gesundheitliche Aufklärung und Vorbeugung notwendig. In Westteil der Stadt gibt es inzwischen ein flächendeckendes Angebot der Sozialstationen an häuslicher Krankenpflege, Haus-, Familien- und Altenpflege. Auf der Grundlage des zu verabschiedenden Gesetzes über die Sozialstationen wollen wir dies auf ganz Berlin ausdehnen.

Für ein soziales Berlin

In keinem anderen Politikfeld finden sich die Grundwerte der Sozialdemokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität so unmittelbar wieder wie in der Sozialpolitik.

Soziale Freiheit heißt Freiheit vor Angst, Not und Sorge um die wirtschaftliche Sicherung der eigenen Existenz. Sie ist Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Sie ermöglicht es, im Rahmen der gesetzlichen Grenzen selbstgesteckte Ziele nach eigener Wahl zu verwirklichen.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet eine gleichmäßigere Verteilung der Chancen für den Erwerb von Bildung, Einkommen und Vermögen sowie für die materielle Gleichstellung von Männern und Frauen.

Solidarität ist die Grundvoraussetzung einer humanen Gesellschaft. In der Solidargemeinschaft stehen Junge für Alte, Gesunde für Kranke, Nichtbehinderte für Behinderte und Arbeitende für Arbeitslose ein.

Die sozialpolitischen Forderungen der SPD sind diesen Grundwerten verpflichtet. Bestehende Schwächen und Fehlentwicklungen im System der sozialen Sicherung und der gegenwärtigen Sozialpolitik sind an diesen Leitbildern zu messen und zu beheben.

Sozialpolitik muß deshalb die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in ganz Berlin fördern. Dabei darf es Sozialabbau für die Älteren, Behinderten und sozial Benachteiligten in keinem Teil der Stadt geben. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Einigungsprozesses dürfen nicht auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die der gesellschaftlichen Solidarität bedürfen. Wir brauchen in allen Bezirken der Stadt eine leistungsfähige Sozialverwaltung. Zukünftigen Notlagen kann nur schnell und wirkungsvoll entgegengetreten werden, wenn der Bund die notwendigen Voraussetzungen schafft. Dazu gehören:

- die Aufstockung der Kleinrenten parallel zum Lohn- und Kostenniveau und die Beibehaltung der Mindestrenten-Regelung über die vorgesehenen fünf Jahre hinaus;
- besondere Regelungen zur Mietschuldenübernahme, die den Problemen des künftigen Wohnungsmarktes in Ostdeutschland angepaßt sind;
- Sonderprogramme „Hilfe zur Arbeit" als notwendige Ergänzungen zu den herkömmlichen Vermittlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung;
- die Absicherung des Pflegefallrisikos;
- eine gesetzlich garantierte soziale Grundsicherung bei Alter, Invalidität und Erwerbslosigkeit. Diese soll einem erhöhten Sozialhilfeniveau entsprechen.

Ein großer Nachholbedarf besteht auch beim Aufbau der vielfältigen sozialen Dienste und Einrichtungen, die im Westteil der Stadt größtenteils in freier Trägerschaft zum unverzichtbaren Bestandteil unseres Gemeinwesens geworden sind. Zum Ausbau der sozialen Infrastruktur in ganz Berlin gehören neben den Sozialstationen für ambulante Pflege und Hilfe auch die Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe, der Bewährungshilfe, die freie Sozialarbeit in ihrer Vielfalt sowie das breit gefächerte Spektrum der Selbsthilfegruppen, die nun auch im Ostteil der Stadt verstärkt entstehen.

Das Programm „Behindertenfreundliches Berlin" werden wir auf die ganze Stadt ausdehnen. Dabei geht es unter anderem darum, den Nahverkehr und öffentliche Einrichtungen aller Art für Behinderte zugänglich zu machen, die Fahrgelegenheiten für Behinderte weiterzuentwickeln, behindertengerechte Wohnungen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Versorgung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir werden an Krankenhäusern mehr akut-geriatrische Abteilungen mit Rehabilitationseinrichtungen schaffen. Diese müssen möglichst eng mit geriatrischen Tageskliniken mit Beratungs- und Freizeitangeboten, mit sozialen Hilfen und ambulanten Diensten für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger verzahnt werden. In beiden Teilen der Stadt streben wir eine Reform der psychiatrischen Versorgung mit dem Ziel dezentraler, wohnortnaher Angebote an, um die psychisch kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger soweit wie möglich in das Alltagsleben zu integrieren.

Kinder, Jugend und Familie

Die vielen neuen Probleme, die in unserer Stadt entstehen, treffen Kinder, Jugendliche und Familien besonders. Die städtische Umwelt in Ballungszentren schränkt die Entfaltung von Kindern ein und verstärkt die Isolation der Familien. Jede Veränderung und jede Vernachlässigung durch die Politik erleben sie unmittelbar. Für junge Menschen ist es erforderlich, daß sie in der Politik eine Perspektive für ihre Zukunft erkennen.

Für Kinder, Jugend und Familie werden wir in den nächsten Jahren unterschiedliche Schwerpunkte für die beiden Stadthälften setzen. Im Westen der Stadt hat der Bau weiterer Kindertagesstätten oberste Priorität. Im Osten Berlins ist es vorrangiges Ziel, die vorhandenen Einrichtungen dem westlichen pädagogischen Standard anzupassen. Besonders wichtig ist es, die vorhandenen Krippen- und Kindergartenplätze im Ostteil der Stadt zu erhalten. Es dürfen keine weiteren Einrichtungen geschlossen werden. Sie müssen künftig als städtische Kitas das Angebot erweitern. Ziel ist, Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen weiterzuentwickeln.

Für eine glaubwürdige Kinder- und Jugendpolitik sind sichtbare Zielsetzungen in der Umwelt- und Friedenspolitik, in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar.

Eine Lobby für Kinder

Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Politik für Familien muß Alleinerziehende einbeziehen. Arbeitslosigkeit darf nicht zur Kündigung eines Kita-Platzes führen.

Berlin braucht ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstättenplätzen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der letzten Legislaturperiode durch Beschlüsse und Investitionsplanung sichergestellt, daß von 1989 bis 1992 eine große Zahl zusätzlicher Kita-Plätze geschaffen und die Zahl der Ganztagsplätze in Grundschulen erhöht wird.

Wir wollen für Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erreichen. Hortplätze und Angebote für Kinder bis zu 14 Jahren, die Schularbeitshilfe und Beköstigung umfassen, werden verstärkt ausgebaut. Mit einem Kita-Gesetz wird die SPD erstmals pädagogische Erfordernisse festschreiben und die Arbeitsbedingungen von ErzieherInnen verbessern. Elternrecht, das heißt Beteiligungsrechte, werden einklagbar. Wir bringen ein Gesetz ein, das pädagogische Schwerpunkte setzt und sich nicht ausschließlich an organisatorischen und haushaltspolitischen Grundsätzen orientiert.

Es gilt dafür zu sorgen, daß behinderte und nichtbehinderte Kinder mehr und mehr gemeinsam in Regelkindertagesstätten erzogen werden. Die multikulturelle Erziehung hat in den Kindertagesstätten einen breiteren Raum zu erhalten. Die SPD wird die Betreuungsangebote für Kinder weiterhin verstärken, wobei Kinder im Alter von zehn bis 14 Jahren im Vordergrund stehen.

Gewalt gegen Kinder, Vernachlässigung und sexueller Mißbrauch sind deutliche Zeichen von sozialer und psychischer Not in den betroffenen Familien. Nur der Grundsatz „Hilfe statt Strafe" kann deshalb wirksame Hilfe für die Betroffenen sein.

Familien soll künftig schneller und unbürokratischer geholfen werden. Die Arbeit der Familien- und Einzelfallhelfer wird für die ganze Stadt modellhaft fortentwickelt.

Kinder brauchen endlich eine Lobby in der Politik. Wir richten die Position eines/einer Kinderbeauftragten für Berlin ein, der/die durch den zu gründenden Landesfamilienbeirat Unterstützung erhält.

Jugend: Die Eigenständigkeit fördern

Durch das Zusammenwachsen beider Stadthälften haben auch junge Menschen im Ostteil der Stadt nun die Chance, die Demokratie aktiv mitzugestalten. Auch sie können jetzt über ihre künftige Lebenssituation selbst mitentscheiden.

Jugend ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Ausbildungszeiten sind länger geworden, Einkommen und Bildungschancen haben sich verbessert. Immer mehr junge Menschen wollen eine eigene Wohnung und ihren eigenen Lebensstil finden. Die tatsächlichen Lebensverhältnisse erlauben nicht allen jungen Menschen gleichermaßen, ihre Zukunftsvorstellungen zu verwirklichen.

Es bleibt Aufgabe sozialdemokratischer Politik, jeder Ausgrenzung, Benachteiligung und Entmutigung von Teilen der Jugend entgegenzutreten.

Junge Menschen sollen sich mehr als bisher an demokratischer Willensbildung beteiligen können. Ein Landesjugendplan wird festlegen, wie Jugendorganisationen und Selbsthilfeprojekte finanziert und abgesichert werden. Effektive Jugendarbeit braucht finanzielle Absicherung.

Wir werden besonders benachteiligten Jugendlichen beim Einstieg in einen Beruf helfen. Dazu bauen wir die Projekte für arbeitslose Jugendliche aus und schaffen weitere Arbeitsprojekte. Wir treten für die paritätische Besetzung aller Ausbildungsplätze mit Jungen und Mädchen ein. Für Mädchenarbeit müssen Personal, Räume und sachliche Mittel bereitgestellt werden.

Jugendarbeit ist noch zu oft nur Jungenarbeit. In den vorhandenen Einrichtungen wird zu selten auf die Wünsche und Bedürfnisse von Mädchen eingegangen.

Kein Jugendlicher, der einmal straffällig geworden ist, soll sein Leben lang dafür büßen. Das Jugendstrafrecht wird verändert und die Untersuchungshaft für Minderjährige abgeschafft. Leistungen der Jugendhilfe müssen immer Vorrang vor Maßnahmen des Jugendgerichtsgesetzes haben. Wir werden die erfolgreichen Projekte „Erziehen statt Strafe" ausbauen.

Jugendsekten sind keine Alternative zu Streß und Perspektivlosigkeit. Beratung und Aufklärung müssen die Jugendlichen vor ihnen schützen. Kriminelle Machenschaften dieser Sekten sind strafrechtlich zu verfolgen. Ein Prüfstein für die Wirksamkeit der Jugend- und Bildungspolitik wird der Kampf gegen Drogen sein. Die Bekämpfung des sich neu eröffenden Drogenmarktes im Osten erfordert daher umfassende gesellschaftliche Anstrengungen. Sowohl die Förderung von Selbsthilfegruppen als auch die Verhinderung der sozialen Ausgangsbedingungen für Drogenabhängigkeit sind unsere Ansatzpunkte. Dabei sind wir uns bewußt, daß wir erst am Anfang eines langen Kampfes stehen.

Perspektivlosigkeit, fehlende Orientierung und mangelnde Identifikation mit dem eigenen Umfeld führen häufig zu agressivem Verhalten, zum Wunsch nach Abgrenzung und zur Ausgrenzung von „Andersartigkeit". Allgegenwärtige Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit und nationalistische Tendenzen sind die Folge, wie sie in zunehmendem Maße in radikalisierten Äußerungsformen der Jugendgruppengewalt ihren Ausdruck finden. Die SPD ist sich des schwierigen Zusammenhangs von Ursachen und Folgewirkung bewußt. Versprechungen kurzfristiger Lösungen sind fehl am Platz. Sozialdemokratische Politik bedeutet deshalb, all jene Maßnahmen, Projekte und Initiativen zu unterstützen, die Jugendlichen persönlich und gesellschaftlich Perspektiven vermitteln helfen und ihnen Raum geben, eigene Vorstellungen zu entwickeln und Wege zu erproben.

Die SPD wird ein Konzept für die Jugendarbeit, insbesondere gegen zunehmende Gewaltbereitschaft und den wachsenden Extremismus vorlegen. Weitere sozialkulturelle Angebote werden das Zusammenleben deutscher und ausländischer Jugendlicher fördern.

Eine menschliche und leistungsfähige Schule für ganz Berlin

Im Westteil Berlins haben die Veränderungen in der Stadt und im Umfeld einen erheblichen Bevölkerungsanstieg mit sich gebracht, was sich in ca. 12 000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern, meist im Grundschulalter, niederschlägt. Zusammen mit den Altlasten einer CDU-Politik, die selbst für die vorhersehbare Entwicklung keine Vorsorge getroffen hat, hat dies dazu geführt, daß bereits erreichte und von uns erwünschte pädagogische Standards nicht mehr gehalten werden konnten. Am deutlichsten sichtbar wird dies an den gestiegenen Klassenfrequenzen. Pädagogisch richtige Reformideen wie die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern wurden in Gang gesetzt. 1500 neue LehrerInnenstellen wurden in den vergangenen zwei Jahren vom rotgrünen Senat neu geschaffen, was gleichzeitig einen enormen Erfolg darstellt und doch schon wieder nicht ausreicht.

Im Ostteil der Stadt ist das Schulsystem ideologisch zusammengebrochen. Dies hat zu massiven Verunsicherungen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern geführt. In vielen Schulen wurden neue Schulleiterinnen und Schulleiter gewählt, und es wurde damit begonnen, demokratische Strukturen in der Schule aufzubauen. Die ideologiebelasteten Fächer müssen neu gestaltet werden, neue Schulbücher sind in großem Umfang anzuschaffen. Die Ausstattung der Schulen im Ostteil muß an das Niveau im Westteil der Stadt angeglichen werden. Damit ist sofort zu beginnen und in den nächsten Jahren rasch voranzutreiben.

Die SPD legt ein Programm vor, das die ökonomischen Zwänge nicht ignoriert, aber eine Weiterentwicklung des Bildungsbereiches anstrebt, denn Investitionen in die Bildung sind immer auch Investitionen in die Zukunft. In Verantwortung für ganz Berlin und angesichts der Binsenweisheit, daß jede Mark nur einmal ausgegeben werden kann, will die SPD eine Vereinheitlichung der bisher so unterschiedlichen Bildungssysteme und eine Angleichung der materiellen Bedingungen. Dabei läßt sie sich von folgenden Grundlinien leiten:

— Positives aus beiden Teilen der Stadt muß bewahrt und in den jeweils anderen Teil integriert werden.
— Es muß verhindert werden, daß die jeweiligen Interessen gegeneinander ausgespielt werden.
— Es muß ein Austausch von Ideen, praktischen Erfahrungen und Personen stattfinden.
— Die aktiven Gestaltungsmöglichkeiten von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern müssen gestärkt werden. Dazu müssen die entsprechenden Gremien nach dem Schulverfassungsgesetz (Schulkonferenz und Gesamtkonferenz) mehr Rechte bekommen.
— Verwaltungsvorschriften müssen reduziert und vereinfacht werden (Entbürokratisierung).

Chancengleichheit ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon immer ein besonderes Anliegen gewesen. Deshalb treten wir in ganz Berlin für eine humane, soziale und leistungsfähige Pädagogik ein.

Aufgabe der Schule ist es, die Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen zu entwickeln. Dies setzt voraus, daß das Angebot so differenziert wie möglich gestaltet wird und doch in seinen Abschlüssen vergleichbar bleibt. Dieses Gesamtkonzept muß sich auch in der baulichen und räumlichen Ausgestaltung der jeweiligen Einrichtung niederschlagen.

Die Anzahl der Wochenstunden pro Fach (Stundentafel) muß in beiden Teilen der Stadt angeglichen werden. Die Stoffülle läßt Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Schülerinnen und Schülern zu wenig Möglichkeiten der flexiblen Unterrichtsgestaltung. Deshalb müssen die verbindlichen Teile in den Rahmenplänen gekürzt werden. Im Zusammenhang damit wird — wie im Ostteil der Stadt bereits geschehen — der unterrichtsfreie Sonnabend auch im Westteil eingeführt.

Eine Schule für alle

Für alle Kinder ist ein möglichst langer gemeinsamer Schulbesuch anzustreben. Die sechsjährige Grundschule im Westteil der Stadt stellt einen historisch gewachsenen Fortschritt gegenüber der Entwicklung in Westdeutschland dar, bleibt aber hinter den positiven Erfahrungen mit einer mindestens achtjährigen gemeinsamen Erziehung in den meisten europäischen Ländern zurück. Die innere und äußere Leistungsdifferenzierung läßt sich am besten in einer integrierten, leistungs- und sozialorientierten Gesamtschule verwirklichen, die auch eine gymnasiale Oberstufe umfaßt.

Der polytechnische Ansatz an den Schulen in der früheren DDR folgte dem richtigen Grundgedanken, Schülerinnen und Schüler mit der Arbeitswelt in Kontakt zu bringen und sie schon frühzeitig auf ein Berufsleben vorzubereiten. Dies darf allerdings nicht mehr dazu führen, daß die Jugendlichen als billige Arbeitskräfte mißbraucht werden. Das alte Fach Polytechnik muß nach den Konzepten der Arbeitslehre umgestaltet und an allen Oberschulen verankert werden. Dabei sind die Entwicklungen in Wirtschaft, Industrie und Verwaltung einzubeziehen. Der Gedanke der Humanisierung der Arbeitswelt hat dabei Priorität.

Im Ostteil der Stadt wird die Einführung der Gesamtschule durch die organisatorische Zusammenlegung benachbarter Schulen erleichtert. Dies stellt sicher, daß Schülerinnen und Schüler aus einem breiten Fächerangebot wählen können.

Die SPD respektiert das Wahlrecht von Eltern, Schülerinnen und Schülern in Bezug auf den Schultyp. Dies schließt die Errichtung von Gymnasien im Ostteil der Stadt ein. Die Schwäche der gymnasialen Ausbildung zeigt sich allerdings daran, daß 40 Prozent aller Jugendlichen, die das Gymnasium im Westteil der Stadt besuchen, die Schule ohne Abitur verlassen.

Gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern

Die gemeinsame schulische Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern ist nach langjährigen positiven Erfahrungen endlich im Schulgesetz verankert. Damit sind zum ersten Mal Wahlmöglichkeiten für Eltern geschaffen worden. Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß durch die gemeinsame Erziehung nicht nur die Kinder mit Behinderungen, sondern alle Kinder gefördert werden.

Lernen mit Kopf, Herz und Hand

Die herkömmliche Schule ist immer noch zu sehr auf die Vermittlung von isoliertem Stoffwissen ausgerichtet. Schülerinnen und Schüler dürfen bei der Anwendung des Erlernten nicht so oft auf die Zeit nach der Schule vertröstet werden. Schule muß sich öffnen für das Umfeld. Praktische, musische, sportliche und wissenschaftliche Arbeit müssen sich sinnvoll ergänzen, Lernen muß ganzheitlicher gestaltet werden. Unterrichtsgegenstände müssen vernetzt und in ihren vielfältigen Bezügen vermittelt werden. Deshalb sind die Schulen zu ermutigen, den Projektunterricht auszubauen. Bei der Überarbeitung der Rahmenpläne muß Platz für fächerübergreifenden Unterricht geschaffen werden.

Die Schulen sollen bei der Wahrung der Vergleichbarkeit ein eigenes Profil entwickeln. Dazu muß ihr Entscheidungsspielraum erweitert und rechtlich abgesichert werden. In diesem Rahmen können auch die Spezialschulen im Ostteil der Stadt ihren Platz finden. Die Profilbildung darf allerdings nicht zu einer sozialen Auslese führen. Schule muß auf die Entwicklung in Europa mit einer Ausweitung des Fremdsprachenangebotes reagieren und mit der Einrichtung von zweisprachigen Zügen, in denen Fachunterricht auch in der Fremdsprache erteilt wird. Wir wollen die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen, von ausländischen und deutschen Schülerinnen und Schülern, damit Vorurteile und Benachteiligungen abgebaut werden.

Vorschulerziehung und Ganztagsbetreuung

Neben den Vorklassen im Westteil der Stadt hat sich vor allem die Eingangsstufe (mit dem Verbund von Vorklasse und Klasse 1) bewährt. Dieses Angebot ist auszubauen. Im Ostteil der Stadt soll das Angebot der Hortbetreuung für die Kinder der Klassen 1 bis 4 im bisherigen Umfang erhalten bleiben und konzeptionell verbessert werden, wobei die Möglichkeit des Mittagessens gesichert werden muß. Das Angebot schulischer Ganztagsbetreuung soll auch im Westteil der Stadt erweitert werden.

Die SPD setzt sich für ein Grundschulen-Sonderbauprogramm ein, um in Ortsteilen mit erheblicher Unterversorgung schnell und unbürokratisch Schulraum zu schaffen.

Berufsschulen

Das duale System bei der Berufsausbildung mit seiner Kombination von Schule und Betrieb hat sich bewährt. Der Anteil des Unterrichts in berufsfeldbezogenen und allgemeinbildenden Fächern muß erhöht werden, womit ein zweiter Berufsschultag für alle Berufsfelder notwendig wird. Im Ostteil der Stadt muß ein staatliches Berufsschulsystem in vielen Fällen erst aufgebaut werden. Neugründungen sollen sich an dem Konzept der Oberstufenzentren orientieren, Standorte und Inhalte sind in beiden Stadthälften aufeinander abzustimmen. Die vorhandenen Möglichkeiten der Verzahnung von Abitur und Berufsausbildung in einem Ausbildungsgang müssen gesichert und ausgebaut werden (Doppelqualifikation).

Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung

Für alle Lehrämter ist künftig eine wissenschaftliche Ausbildung von mindestens 8 Semestern obligatorisch. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muß verstärkt erziehungs- und unterrichtswissenschaftliche Anteile umfassen, um den pädagogischen Anforderungen der Schule gerecht werden zu können. Die wissenschaftliche und die zweijährige schulpraktische Ausbildung müssen inhaltlich und organisatorisch stärker verzahnt werden.

Vor allem Unterstufenlehrerinnen und -lehrern aus dem Ostteil der Stadt ist die Möglichkeit eines Ergänzungsstudiums zum Erwerb eines anerkannten Abschlusses zu eröffnen, der zu einer Höhergruppierung bei der Besoldung führt. Auch allen anderen Lehrerinnen und Lehrern muß über ein entsprechendes Fortbildungsangebot die Möglichkeit eines anerkannten Abschlusses gegeben werden. Das Fach Gesellschaftskunde umfaßt grundsätzlich andere Inhalte als das bisherige Fach Staatsbürgerkunde, deshalb kann dieses Fach nur von Lehrerinnen und Lehrern mit einer entsprechenden Ausbildung unterrichtet werden.

Weiterbildung

Weiterbildung wird in den nächsten Jahren eine noch größere Bedeutung haben. Darum sind Weiterbildungsangebote quantitativ und qualitativ auszubauen. Die Berliner Volkshochschulen sollen ein wichtiger Träger von Weiterbildung sein. Daher sind u. a. alle Anstrengungen zu unternehmen, die Vergabe von Maßnahmen nach dem AFG zu verändern.

Mehr Chancen für Frauen

Die Berliner Sozialdemokratie steht in der Tradition Berlins als Hauptstadt der deutschen Frauenbewegung. Berlin war und ist Zentrum für vielfältige Frauenprojekte und Frauenorganisationen.

Von Berlin sind Forderungen nach politischer Gleichstellung, nach sozialer Sicherheit, nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Lebensplanung ausgegangen. Arbeit und Leben haben neue Inhalte bekommen. Männlich bestimmte Erwerbsarbeit und weiblich bestimmte Hausarbeit müssen der Vergangenheit angehören. Die Berliner SPD will die Frauen in allen Bereichen des Lebens uneingeschränkt beteiligt sehen. Ihren Interessen muß Rechnung getragen werden.

Der rotgrüne West-Berliner Senat hat das erste Mal in der deutschen Geschichte ein Zeichen gesetzt: Frauen steuern seit über 20 Monaten mehrheitlich die Geschicke dieser Stadt.

In keiner anderen Stadt ist eine konsequente Gleichstellungspolitik so notwendig wie in Berlin. Die Frauen in beiden Teilen der Stadt haben die Vor- und Nachteile der politischen Systeme direkt und hautnah gespürt: Recht auf Erwerbsarbeit und volle Last der Hausarbeit, Recht auf Kita-Platz, Fristenregelung im Osten. Gespaltener Arbeitsmarkt, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Mangel an Kita- Plätzen, Frauenzentren und Frauenhäuser und Beginn neuer Lebensformen im Westen.

Gerade in Berlin hat die Einheit Folgen für die Frauen. Die Berliner SPD will deshalb Frauenpolitik in allen Bereichen, in denen und mit denen die Zukunft der Stadt gestaltet wird. Die Gleichberechtigung der Frauen soll in ganz Berlin vorangebracht werden. Nirgendwo sind die Chancen für Frauenpolitik so groß wie in Berlin — die SPD wird sie gemeinsam mit den Frauen der Stadt nutzen.

Frauen — ran an die Macht

Die SPD will durch Quoten die Beteiligung von Frauen an der politischen Gestaltung der Stadt sicherstellen. Frauenpolitik soll in einem eigenen Ressort angesiedelt sein. Die bisherige Verbindung von Frauen- mit Familien- und Jugendpolitik wollen wir aufheben. Gemeinsam mit der SPD in Brandenburg und im Saarland streben wir das Ressort Frauen und Arbeit an.

In die neue Verfassung Berlins gehört eine aktive Gleichstellungspolitik als Ziel staatlichen Handelns. Das Recht aller auf selbstbestimmtes Leben und auf die freie Wahl ihrer Lebensform soll gewährleistet werden. Fraueninteressen müssen nicht nur im Senat vertreten sein, sondern brauchen auch vor Ort die Durchsetzung durch dezentrale Frauenpolitik. Dazu muß die bezirkliche Frauenpolitik eine andere gesetzliche Grundlage erhalten.

Volle Gleichheit in Beruf und Familie

Auf Antrag der rot-grünen Koalition hat das Abgeordnetenhaus ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz zur Gleichstellung von Frauen erarbeitet. Dieses Gesetz stellt einen Anfang dar. Es verbietet Diskriminierungen von Frauen und schreibt ihre gleichrangige Beteiligung vor. So wollen wir erreichen, daß Frauen ihre Rechte einklagen können. Wir wissen, daß die Realität der Diskriminierung von Frauen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen nicht über Nacht durch ein Gesetz zu verändern ist. Aber: Ohne ein solches Gesetz werden Fortschritte bei der Gleichstellung nur schwer zu erzielen sein.

Frauen sind auf dem Erwerbs-Arbeitsmarkt benachteiligt. Ihre Arbeitslosigkeit, ihr Abdrängen auf Teilzeitarbeit oder in ungeschützte Arbeitsverhältnisse wird sich durch die Folgen der Vereinigung beider Teile der Stadt verstärken. Deshalb fordert die SPD vor allem die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Hinzu kommen Umschulungsmöglichkeiten, gezielte Fort- und Weiterbildung, quotierte Einstellung von Frauen in den öffentlichen Dienst, Förderprogramme für Frauen sowie gezielte Steuerung und Einflußnahme auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Frauenförderung muß in zukunftsträchtigen Branchen erfolgen.

Im Westteil der Stadt ist in den letzten 20 Jahren eine in Europa einmalige Frauen-Infrastruktur im kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Bereich aufgebaut worden. Dieses Netz an Frauenprojekten muß sich auf den Ostteil der Stadt ausdehnen. Frauenhäuser, Mädchen-Einrichtungen, Frauenzentren und andere Organisationen, Verbände und Selbsthilfe-Projekte für Frauen in allen Lebenslagen und in jedem Alter müssen auch in Zukunft finanziell abgesichert und ausgebaut werden. Frauen und ihre erkämpften Einrichtungen dürfen nicht Opfer der Vereinigung sein. Vielmehr soll die Ausstrahlung vorbildlicher Projekte in den Ostteil der Stadt genutzt werden.

Die SPD wird sich allen Bestrebungen widersetzen, den alten § 218 StGB in Deutschland beizubehalten. Nie wieder dürfen Frauen in Schwangerschaftskonflikten mit einer Strafe bedroht werden! Die SPD setzt sich weiterhin für die Streichung dieses Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch und für das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft ein. Das vorhandene Beratungsangebot für Frauen bei Schwangerschafts- und Partnerschaftsproblemen muß ausgebaut werden. Beratung darf jedoch nie erzwungen werden, sondern muß freiwillig und parteiisch für die selbstbestimmte Lebensplanung der Frauen erfolgen. Beratungsangebote sollen jedoch auch für Männer erfolgen.

Berlin — Metropole der Wissenschaft

Mit dem Zusammenwachsen der beiden Teile Berlins entsteht eine der dichtesten und zukunftsträchtigsten Wissenschaftslandschaften Europas. Über 100 000 Studierende, über 30 000 Beschäftigte und ein Wissenschaftsetat von rund 2,5 Milliarden DM jährlich allein im Westteil der Stadt zeigen dies. Die Einheit Berlins stärkt diese Bedeutung. Große Teile des Wissenschaftspotentials der bisherigen DDR sind im Ostteil der Stadt konzentriert. Das gilt für die Humboldt-Universität und die übrigen Hochschulen ebenso wie für die meisten Institute der Akademie der Wissenschaften. Derzeit rund 30 000 Studierende und etwa 15 000 Beschäftigte im Hochschulbereich sowie noch einmal rund 15 000 Beschäftigte an außeruniversitären Forschungsinstitutionen gibt es im Ostteil.

Mit der Bildung des Landes Berlin stellt sich die Aufgabe, die Kapazitäten beider Stadthälften zu integrieren. Sozialdemokratische Politik wird dafür sorgen, daß trotz der enormen finanziellen Belastung durch die Zusammenführung der wissenschaftlichen Einrichtungen beider Teile der Stadt das hohe Niveau von Forschung und Lehre in Berlin erhalten bleibt. Die Notwendigkeit, bisherige DDR-Einrichtungen zu erhalten, umzustrukturieren und teilweise auszubauen, darf nicht zu Lasten der Einrichtungen im Westteil der Stadt gehen. Es muß auch in Zukunft möglich sein, daß die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen im Westteil bei Baumaßnahmen, Geräteinvestitionen und Berufungen den höchstmöglichen Qualitätsstandard bewahren können. Die Integration beider Hälften der Stadt bringt für den Wissenschaftsbereich die Chance, attraktive Potentiale miteinander zu verknüpfen, unterschiedliche Erfahrungen zu nutzen und für die künftige deutsche Hauptstadt einen Anziehungspunkt ersten Ranges zu schaffen.

Demokratie und leistungsfähige Hochschulen

Berlin hat als überregionales akademisches Ausbildungszentrum eine große Chance. Wir wollen, daß jetzt auch Studierende aus dem Umland und wie bisher aus anderen Regionen Deutschlands zum Studium nach Berlin kommen. Deshalb muß das Angebot an studentischem Wohnraum erweitert werden. Wir brauchen mindestens 3000 neue Wohneinheiten. Die Berliner Hochschulen müssen qualifizierte und differenzierte Studiengänge bereithalten. Professorinnen und Professoren haben ihre Aufgabe in der Lehre ebenso ernst zu nehmen wie ihre Interessen und Aktivitäten in der Forschung. Es wird in Berlin auch in Zukunft drei große Universitäten geben: die Freie Universität Berlin, die Technische Universität Berlin und — als die traditionelle Berliner Universität — die Humboldt-Universität. Alle drei müssen weiterhin ein breites Fächerspektrum anbieten. Allerdings ist es nicht nötig, daß jedes Fach an allen drei Universitäten angeboten wird. Daher sind wir für Kooperationen und Verdichtungen. Vordringliches Ziel ist, die erheblichen personellen Ressourcen der Hochschulen im Ostteil der Stadt für eine Öffnung und Differenzierung zu nutzen. Die Hochschulen im Westteil der Stadt sind seit Jahren überlastet. Die Lasten müssen zukünftig entsprechend den vorhandenen Kapazitäten zwischen allen Hochschulen im Raum Berlin gerechter verteilt werden.

Geeignete Einrichtungen im Ostteil der Stadt — wie zum Beispiel die bisherige Ingenieurschule Lichtenberg — sollen in Fachhochschulen umgewandelt werden. Die Fachhochschulen im Westteil Berlins haben sich bewährt. Ihnen ist in Zukunft verstärkt Gelegenheit zu anwendungsbezogener Forschung zu geben. Die Attraktivität relativ kurzer Studiengänge mit einem qualifizierten berufsbezogenen Abschluß ist eine Stärke der Fachhochschulen, die erhalten werden muß. Die drei künstlerischen Hochschulen im Ostteil der Stadt sollen erhalten bleiben. Die HdK als integrierte Hochschule der Künste und die spezialisierten Einrichtungen im Osttteil der Stadt stehen dabei in einem fruchtbaren Konkurrenzverhältnis zueinander. Die Hochschulen im Ostteil der Stadt müssen unter Wahrung ihres Potentials umstrukturiert werden. Dies gilt vor allem hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Studiengänge, die von über vierzig Jahren SED-Diktatur nachhaltig geprägt waren. Vor allem der Aufbau von Studiengängen im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität steht dabei im Vordergrund. Unser Ziel sind Berliner Hochschulen, die den Anforderungen einer an Frieden, Gerechtigkeit und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen orientierten, demokratischen Gesellschaft gerecht werden und den Grundsatz der Freiheit des Lehrens, des Lernens und der Forschung verwirklichen. Die Hochschulgesetzgebung im künftigen Land Berlin muß geeignete Rahmenbedingungen für diesen Integrationsprozeß schaffen. Innere Demokratie und Leistungsfähigkeit der Hochschulen bedingen einander.

Mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes sind wichtige Voraussetzungen geschaffen: Das Wahlverfahren für die Hochschulleitung wird wieder demokratisch gestaltet. Die Mitbestimmungsrechte der Nicht-Professorengruppen sind erweitert. Durch die Kuratorialverfassung erhalten die Fachhochschulen mehr Autonomie. Durch Bestellung von Frauenbeauftragten verbessert sich die Förderung von Frauen. Die Studentenvertretungen erhalten mehr Möglichkeiten auch für politische Interessenvertretung.

Im Bereich der Universitätsmedizin wird das Land Berlin über drei leistungsfähige Kliniken verfügen: das Klinikum Steglitz, das Klinikum Rudolf Virchow am Standort Wedding und die traditionsreiche Charite. Berlin braucht drei Universitätskliniken, nicht zuletzt deshalb, weil deren Aufgaben in Lehre und Forschung und in der Krankenversorgung nicht nur auf die Bedürfnisse des Landes Berlin ausgerichtet sind, sondern zugleich eine wachsende Funktion für das Umland erfüllen müssen. Der sozialdemokratisch geführte Senat hat eine Strukturkommission Hochschulmedizin eingesetzt, die Empfehlungen für die künftige Struktur der Universitätsmedizin erarbeitet.

Forschung — Innovationen für die Zukunft

Sozialdemokratische Forschungspolitik wird der Hochschulforschung mehr Raum geben. Die in den letzten Jahren spürbare Tendenz, attraktive Forschungsbereiche aus den Hochschulen auszulagern, hat mehr Probleme geschaffen als gelöst. Wissenschaftliche Forschung schafft Grundlagen auch für die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt. Deshalb müssen Wissenschaft und Wirtschaft eng zusammenarbeiten. Die Politik des Technologietransfers, der Technologieförderung und der engen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft wird fortgesetzt. Technologieforschung auf höchstem Niveau ist für die Wissenschaftsmetropole Berlin unverzichtbar. Zukünftig wird interdisziplinäre Forschung verstärkt gefördert. Das gilt für die Frauenforschung ebenso wie für die Umweltforschung, die beide gute Voraussetzungen vorfinden. Umweltrelevanz und Umweltverträglichkeit werden wichtige Förderkriterien sein. Die gesellschaftlichen Aspekte der Technik und die Abschätzung der Technikfolgen müssen integraler Bestandteil auch technologischer Forschung werden. Die gut ausgebauten Kapazitäten und langen Traditionen Berlins im Bereich sozialwissenschaftlicher Forschung werden erhalten und ausgebaut. Der künftigen Hauptstadt steht es gut an, einen Schwerpunkt in der Geschichts-, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu setzen. Die europäische Einigung muß zur Ansiedlung wichtiger europäischer Forschungseinrichtungen und Forschungsprojekte in unserer Stadt führen. Die Erfahrungen der bisherigen DDR in der Forschungskooperation mit Ost-Europa können in diesen Prozeß eingebracht werden. Berlin hat einen unschätzbaren Standortvorteil auch für Forschungskooperationen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern. Es ist daher wie kein anderer Forschungsstandort geeignet, eine gesamteuropäische Perspektive zu entwikkeln.

Die Akademie der Wissenschaften der früheren DDR ist derzeit noch von der Kaderpolitik der SED geprägt. Deshalb muß sie umstrukturiert werden. Das Land Berlin hat auf Bundesebene durchgesetzt, daß der Wissenschaftsrat jedes Akademieinstitut sorgfältig bewertet und wissenschaftlich begründete Vorschläge für seine zukünftige Entwicklung unterbreitet. Das Land Berlin nimmt an diesem Prozeß konstruktiv teil. Die übermäßige Konzentration von Akademieeinrichtungen im Ostteil Berlins ist ein Ergebnis der Zentralisierungspolitik des früheren DDR-Regimes. Daraus folgt, daß die Bewältigung der Folgelasten nicht allein und in erster Linie Aufgabe des Landes Berlin sein kann. Für zentrale Einrichtungen steht der Bund in der Mitverantwortung. Er muß die Koste n überwiegend tragen.

Wir wollen, daß sich die großen Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft konstruktiv an der Weiterführung leistungsfähiger Institute der Akademie der Wissenschaften beteiligen. Die Gelehrtengesellschaft der bisherigen DDR-Akademie muß von dem großen Bereich der Forschungsinstitute getrennt werden. Wenn es in Zukunft eine Akademie der Wissenschaften zu Berlin geben wird, dann nicht als bruchlose Fortsetzung der bisherigen DDR-Akademie. Die künftige Akademie muß nach den Grundsätzen wissenschaftlicher Qualität, Pluralität und interdisziplinärer Forschung gestaltet sein.

Wir wollen Tierversuche drastisch reduzieren. Innerhalb von zwei Jahren sollen Tierversuche in den Zentralen Tierlaboratorien um 50 Prozent und in den dezentralen Tierversuchseinrichtungen schrittweise reduziert werden. Die eingesparten Mittel sollen zusätzlich schwerpunktmäßig zur Förderung alternativer Lehr- und Forschungsmethoden eingesetzt werden.

Wir werden einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen, um Tierschutzinteressen stärker als bisher durchzusetzen und den Tierschutzgedanken fortzuentwickeln.

Stadt der Kultur und der Kunst

Im vereinten Berlin fügt sich ein kulturelles Potential zusammen, das dem Vergleich mit anderen Weltstädten standhält und die kulturellen Bedürfnisse seiner Bewohner, des Umlandes und seiner Gäste hervorragend befriedigen kann. Berlin hat nun die Aufgabe, die kulturelle Tradition der europäischen Mitte wiederzubeleben und ein Ort künstlerischer Begegnung und kulturellen Austausches zu sein.

Zuwachs von Kultureinrichtungen bringt neben wachsenden Chancen aber auch zusätzliche finanzielle Lasten. Die Sozialdemokraten wollen die kulturellen Institutionen der östlichen Stadtbezirke möglichst erhalten und weiterentwikkeln. Kunst und Kultur prägen das Antlitz Berlins. Sie sind nicht schmückendes Beiwerk einer Metropole, sondern Bedingung ihrer Existenz.

Berlin benötigt keine staatlich inszenierte Kultur. Die Berliner Kultur wird sich im produktiven Austausch mit Regionalkulturen und den Kulturen der Welt, im Spannungsfeld zwischen hoher und alternativer Kultur entwickeln. Aktive Kulturpolitik ermöglicht dies und gibt durch staatliche Förderung Raum zur selbstbestimmten Gestaltung. Sozialdemokratische Kulturpolitik will Menschen durch den Umgang und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur befähigen, die Gegenwart im historischen Zusammenhang zu interpretieren und zu gestalten. Selbstbestimmung und Aktivität setzen wir gegen kritiklosen Konsum, Passivität und Fremdbestimmung. Deswegen wird unsere Kulturpolitik auf der einen Seite die kulturelle Infrastruktur in den Bezirken erhalten und fördern, die dezentralen Kulturinitiativen stärken sowie auf der anderen Seite dafür sorgen, daß auch die Kultureinrichtungen von überregionaler, nationaler und internationaler Bedeutung ihren Rang erhalten.

Kultur ist und bleibt ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor. Die Wirtschaft ist deshalb gefordert, sich an den Kosten für Kultur zu beteiligen.

Berlins Museumslandschaft wird nach dem Zusammenwachsen durch die Museen im Ostteil der Stadt einzigartig. Wir begreifen das als Chance und Herausforderung. Der Aufarbeitung der deutschen Geschichte kommt bei der Einigung Deutschlands eine besondere Bedeutung zu. Dem Deutschen Historischen Museum eröffnen sich neue Perspektiven. Das „GeStaPo-Gelände" am Martin-Gropius-Bau soll schnellstens als Mahn- und Gedenkstätte gesichert werden. Die Voraussetzungen sind zu schaffen, daß unter dem Dach einer Internationalen Stiftung diejenigen Gruppen und Initiativen, die bereits jahrelang auf und mit dem Gelände arbeiten, auch zukünftig sinnvoll tätig werden können. Die Ausstellung „Topographie des Terrors" muß fortgeführt werden.

Der Bestand der großen Schauspiel- und Opernhäuser soll durch vorsichtige strukturelle Verbesserungen langfristig gesichert werden, der Bestand der großen Berliner Orchester und der hervorragenden Musikszene Berlins muß gesichert werden. Wir wollen den Ruf Berlins als Stadt des Tanzes sichern. Wir wollen verstärkt Projekte für freie Musik- und Theatergruppen fördern. Übungs-, Probe- und Spielstätten müssen ausreichend vorhanden sein.

In Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern, Schule und Volkshochschule soll vor allem Kindern und Jugendlichen Kunst und Kultur praxisnah vermittelt werden. Damit tragen wir auch zur materiellen Unterstützung von Künstlern bei. Wir legen ein entsprechendes Programm vor. Investitionen in Jugendkultureinrichtungen sind Investitionen in die Zukunft. Dies gilt vor allem für den Ostteil der Stadt. Wir werden kulturelle Aktivitäten von Frauen besonders fördern, damit die hier lebenden Künstlerinnen Chancen für ihre Arbeit erhalten.

Wir werden eine Landesmusikakademie gründen. Berlin war und ist geprägt von seinen Bildenden Künstlerinnen und Künstlern. Wir müssen für Ateliers Sorge tragen. Berlin ist und bleibt Filmstadt. Wir werden das Filmhaus Esplanade als eine zentrale Kultureinrichtung Berlins verwirklichen. Wir wollen die Bibliotheken und Archive besonders unterstützen. Das Kulturforum am Kemperplatz wird durch den Bau des Gästehauses als architektonische Gesamtheit vollendet.

Wir verkennen nicht die Probleme, die durch den aufgeblähten Apparat in den Kultureinrichtungen der östlichen Stadthälfte bestehen. Diese brauchen zukünftig eine effektive Leitung und Verwaltung. Berlin wird die kulturellen Einrichtungen in der Stadt Berlin, die sich bisher in der Hand der DDR-Regierung befanden, übernehmen. Hier müssen sinnvolle Strukturen der Trägerschaft gefunden werden. Um die Finanzkraft Berlins nicht zu überfordern, muß es entweder eine zweckgebunde zusätzliche Finanzzuweisung aus dem Bundeshaushalt oder aber Bund-Länder-Stiftungen für den Erhalt dieser Einrichtungen geben. Wir gehen davon aus, daß bald ca. 5 Millionen Menschen im Raum Berlin leben. Für alle Menschen dieser Region und für die wachsende Zahl von Gästen aus aller Welt muß sich das kulturelle Leben so entwickeln, daß Berlin seinem Ruf als Kulturmetropole auch weiterhin gerecht bleibt.

Berlin — Medienstandort der Zukunft

Berlin hat jetzt die Chance, wieder zur Medienmetropole zu werden. Wir brauchen einen zeitgemäßen Ausbau der Grundversorgung mit Hörfunk und Fernsehen durch öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dazu bedarf es einer neuen Rundfunkanstalt, die mindestens auch das Land Brandenburg umfaßt. Nur eine solche Anstalt ist wirtschaftlich stark genug, um in der neuen ARD ein gewichtiges Wort für Berlin und Ostdeutschland zu sprechen und gleichzeitig in der Lage, die neuen Länder mit regionalen Programmen zu versorgen.

Wir wollen den RIAS als Rundfunkanstalt erhalten.

Berlin hat die Möglichkeit, mit vorhandenen Produktionskapazitäten erstmals wieder ein im europäischen Rahmen konkurrenzfähiger Film-Standort zu werden, der vor allem die Kooperation west- und ost-europäischer Produktionen und Produzenten fördert. Wir setzen und dafür ein, aus den Produktionsstätten des ehemaligen DDR-Fernsehens und der DEFA in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg eine leistungsfähige regionale Filmproduktion zu schaffen.

Berlin, in der Mitte Europas, bietet sich als idealer Standort für einen europäischen Fernseh-Nachrichtenkanal an.

Sport in Berlin

Sport ist sinnvolle Freizeitgestaltung, dient der Erholung und fördert die Gesundheit, steigert das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit. Sport kann, mit oder ohne organisatorische Bindung, von allen Alters- und Bevölkerungsschichten ausgeübt werden. Die Arbeit der Sportvereine wird durch Selbsthilfe und eigenverantwortliches Engagement geprägt. Sport ist also ein wichtiger Teil der Stadtkultur und fördert das Miteinander der Menschen. Bei der zukünftigen Stadtentwicklungsplanung darf der Sport in Konkurrenz zu anderen Flächeninteressen nicht benachteiligt werden. Eine Stadt mit Lebensqualität zeichnet sich durch eine gesunde Mischung von Wohnen, Arbeit und Freizeitgestaltung im Wohnumfeld aus. Die SPD tritt daher für einen wohnungsnahen Sport auch im innerstädtischen Bereich ein und wird verhindern, daß der Sport in die Vorstädte abgedrängt wird. Zwischen Sport und Umwelt ist dabei ein Interessenausgleich herbeizuführen. Nach Ansicht der SPD sind Geräusche in Verbindung mit Sportanlagen anders zu bewerten als Lärm von Industrie- und Gewerbeanlagen.

Entscheidende Mittel der öffentlichen Sportförderung sind der Bau, die Unterhaltung, Sanierung und Bereitstellung von Sportanlagen. Dabei wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, die Sportstätteninfrastruktur insbesondere im Ostteil der Stadt erheblich zu verbessern.

Das Sportanlagensanierungsprogramm wird verstärkt und fortgeführt. Sportanlagen sollen umweltverträglich gebaut werden und grundsätzlich sowohl für den Freizeit- und Breitensport als auch für den Wettkampfsport geeignet sein. Dabei sind die Belange des Behinderten- und Gesundheitssports zu berücksichtigen.

Sportanlagen, die für nationale und internationale Sportgroßveranstaltungen ausgebaut werden, sollen grundsätzlich auch für den Breiten- und Freizeitsport zur Verfügung stehen. Die SPD wird an dem Grundsatz der entgeltfreien Nutzung öffentlicher Sportanlagen durch Sportorganisationen und an der kostengünstigen Überlassung landeseigener Grundstücke für sportliche Zwecke festhalten.

Die SPD tritt für eine nachhaltige Unterstützung und Förderung vereinseigener Einrichtungen (Sportanlagen, Clubhäuser etc.) ein. Wir wollen den Aufbau und die Entwicklung der Vereinsstrukturen im Ostteil der Stadt unterstützen.

Der Sport lebt von der Stärke der Vereine. Die SPD wird daher Maßnahmen unterstützen, die die Attraktivität der Vereinsangebote steigern und das Engagement seiner Mitglieder fördern. Die unverzichtbaren Prinzipien der Ehrenamtlichkeit und Selbstorganisation im Sport können bei den gestiegenen Anforderungen an die Vereine nur mit einer wachsenden sinnvollen Unterstützung durch die öffentliche Hand überdauern.

Die Sportvereine bilden auch die Grundlage für den Leistungs- und Spitzensport, der in Berlin eine große Tradition hat und mit der Vereinigung der beiden Stadthälften eine führende Position im nationalen Maßstab einnehmen wird. Sozialdemokratische Sportpolitik wird die Entwicklung Berlins zu einem Standort für humanen und attraktiven Spitzensport nachdrücklich fördern. Hierzu gehören

Hierzu gehören auch die Sicherung und Förderung der Talentsuche durch eine Kooperation zwischen Schule und Sportorganisationen.

Die SPD geht davon aus, daß gerade im Spitzensport durch eine Kooperation von Sport, öffentlicher Hand und privaten Sponsoren zusätzliche Ressourcen gewonnen werden können.

Die Bewerbung Berlins um die Olympischen Spiele im Jahre 2 000 ist eine große Chance für die Stadt und die Region. Sie bietet auch Entwicklungsimpulse für eine ökologische Stadtentwicklung und sorgt für eine kulturelle Belebung und Weiterentwicklung in der Stadt. Die SPD tritt daher mit Nachdruck für Olympia in Berlin ein.

Der Sport muß unabhängig sein. Wer den Sport politisch mißbraucht, reduziert ihn zu einem Machtinstrument und raubt ihm seine Dynamik. Sozialdemokratische Sportpolitik in Berlin geht daher von dem Grundsatz aus, daß öffentliche Sportförderung Rahmenbedingungen setzt und damit die Eigenständigkeit der Sportorganisationen sichert. Der bisher im Westteil der Stadt teilweise beschrittene Weg der finanziellen Förderung aus Mitteln der Klassenlotterie hat sich bewährt. Wir wollen ihn ausbauen.

Der Sportunterricht an den Schulen muß in seiner Bedeutung gestärkt werden. Zeitgemäße Rahmenpläne und Organisationsformen sollen die Erziehung zur Spielfähigkeit, Kreativität und Kooperation unterstützen und zur sportlichen Betätigung außerhalb der Schule und nach der Schulzeit führen.

Deshalb werden wir den Einsatz fachkompetenter Lehrkräfte, die Einführung von mindestens drei Sportstunden pro Woche, eine moderne Lehrerfort- und -weiterbildung, die Beteiligung der sportwissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt und die Intensivierung der Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen sicherstellen.





Bilanz der Arbeit des Senats

Eine „neue Politik für Berlin" kündigte Walter Momper in der Regierungserklärung vom 13. April 1989 als Ziel des kurz zuvor gewählten Senats an. Auf ein detailliertes, 127 Seiten starkes Arbeitsprogramm hatten sich die beiden Koalitionsparteien SPD und Alternative Liste verständigt. Ein umfangreiches Reformprogramm für die Stadt. Doch ein Ereignis konnte natürlich nicht Berücksichtigung finden: Die Öffnung der Mauer am 9. Novemer. Der sich seitdem stürmisch vollziehende Zusammenschluß Deutschlands und Berlins veränderte die Stadt grundlegend und stellte den Senat vor völlig neue Aufgaben. Es mußte sich erweisen, ob die politischen Grundlagen der Senatskoalition diesen neuen Herausforderungen noch gewachsen waren.

Wir können heute — ein gutes Jahr nach Öffnung der Mauer — festhalten:

— Ohne die vom Senat schon im Sommer 1989 vorgenommen Kurskorrektur in der Verkehrspolitik wären niemals die enormen Besucherströme nach dem 9. November und die jetzt erfolgte Integration Berlins in sein Umland zu bewältigen gewesen.

— Die deutliche Ausweitung des Wohnungsbauprogramms entspricht den neuen Aufgaben Berlins als Hauptstadt und europäische Metropole. Eine Mietpreisbindung ist jetzt umso notwendiger.

— Die offenbar werdenden ökologischen Schäden in der ehemaligen DDR und in Ostberlin erfordern umfangreiche Mittel zu ihrer Sanierung. Mit der Orientierung auf einen ökologischen Sadtumbau hat der Senat auch hier bereits vor der Wende die Weichen richtig gestellt.

—

Berlin wird wieder zu einem europäischen Zentrum von Wirtschaft, Kultur und Politik. Diese neue Funktion verträgt sich nicht mit Provinzialismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz. Die neue Ausländerpolitik des Senats paßt zu dieser neuen Aufgabe Berlins. Sie ist Ausdruck einer weltoffenen und liberalen Gesinnung.

Berlin ist damit gut gerüstet für die Wahrnehmen der Funktion der Hauptstadt Deutschlands. Die Prinzipien der neuen Politik haben auch unter den veränderten Bedingungen ihre Gültigkeit behalten.

Der Senat hat einen Beitrag zur Veränderung des politischen Klimas in der Stadt geleistet. Kontroversen und Meinungsunterschiede auch innerhalb des Senats werden nicht mehr hinter verschlossenen Türen sondern offen ausgetragen. Streitbare Zusammenarbeit statt Geheimdiplomatie. Diese Form des Umgangs miteinander erscheint einigen als zu umständlich und manchmal auch als Verzögerung längst fälliger Entscheidungen. Es geht aber immer um die beste Lösung. Dies macht es oft notwendig, noch einmal abzuwägen und auch widersprechende Ansichten anzuhören. Streit ist durchaus produktiv, wenn und solange am Ende entschieden wird. Und die notwendigen Entscheidungen sind gefallen.

Die von der SPD gestellten Senatorinnen und Senatoren können auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken.

Mehr Liberalität in der Stadt

Der CDU/FDP-Senat hatte ein vergiftetes inneres Klima in der Stadt hinterlassen. Heute steht der Staat, anders als früher, nicht mehr fern von den Bürgern und gar gegen sie, sondern wieder dichter bei ihnen.

Noch am 1. Mai 1989 kam es in Kreuzberg zu schweren Ausschreitungen. Fast 2000 Gewalttäter zündeten Autos an, plünderten Geschäfte und beschädigten Wohnungen. Der Senat reagierte darauf mit einer Veränderung der Einsatzstrategien, er hielt jedoch an der Politik der Deeskalation fest. Die Ereignisse um den 1. Mai 1990 gaben ihm Recht. Es kam zwar erneut zu Ausschreitungen, die sogenannten „Autonomen" waren aber erstmals eindeutig isoliert. Ihr blinder Haß auf das „System" ging ins Leere.

Der unter manchen Fehlentwicklungen — bishin zum parteipolitischen Mißbrauch — leidende Verfassungsschutz in Berlin ist wieder auf einen rechtsstaatlichen Weg gebracht worden. Fehlentwicklungen und Vertuschungen sind offengelegt worden. Der Verfassungsschutz unterliegt jetzt Kraft Gesetzes der grundsätzlich öffentlichen, umfassenden Kontrolle durch einen Ausschuß des Abgeordnetenhaus.

Die Polizei wurde enger an die Gesellschaft herangeführt. Ein Beispiel: Der Berliner Polizeinachwuchs lernt am Anfang der Ausbildung nicht mehr marschieren und grüßen, sondern absolviert zwei Kommunikations-Trainingsprogramme und ein Seminar zur Konfliktbewältigung und Streßreduzierung.

Besonders die extrem sozialschädlichen Kriminalitätsformen der organisierten, der Wirtschafts-, Korruptions- und Umweltkriminalität und der Schwarzarbeit werden nachdrücklich bekämpft. Das Personal dafür wurde verstärkt. Der Antikorruptionsbereich der Kriminalpolizei, der zuvor beträchtlich zurückgestutzt worden war, ist wieder voll ausgebaut worden.

Die in Berlin weit überhöhten Bußgelder für Volkszählungsverweigerungen konnten im Gnadenwege beträchtlich herabgesetzt und kleineren Einkommen gänzlich erlassen werden.

Wir haben mit einer neuen Ausländer- und Flüchtlingspolitik ernst gemacht

Berlin hat nachhaltig mit der bisherigen, wenig menschlichen Ausländer- und Flüchtlingspolitik gebrochen, die auch für die deutsche Bevölkerung unnötige Gefahren heraufbeschworen hatte. Unsere Stadt, in der viele Menschen zu dicht beieinander wohnen müssen, kann nicht unbegrenzt immer mehr Menschen aufnehmen. Wir möchten aber ein gutes Zusammenleben aller, die hier zu Hause sind.

Wir gewähren jetzt — wie andere — denen Schutz und Rechtssicherheit, die bis auf weiteres nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können, weil sie dort an Leib und Leben gefährdet sind. Wir haben weitere menschlich gebotene Regelungen getroffen. Im einzelnen handelt es sich dabei um ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von Ehegatten, ein Bleiberecht von Kindern, eine Wohnraum- und Sozialhilferegelung. Außerdem ist eine Härtefallkommission eingerichtet und die fragwürdige Zuzugssperre für die drei Innenstadtbezirke aufgehoben worden. Einbürgerungen sind insbesondere durch eine drastische Senkung der Gebühren

erleichtert worden. Für länger in Berlin lebende Ausländer ist das Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammmlungen in der Erwartung beschlossen worden, daß das Bundesverfassungsgericht ein kommunales Wahlrecht für Ausländer als mit dem Grundgesetz vereinbar sieht.

Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr

Mit der Umsetzung der neuen Verkehrspolitik der Senats konnte das Verkehrsangebot der BVG spürbar verbessert werden. Dies zeigt sich deutlich an den gestiegenen Fahrgastzahlen. Die angebotsorientierte Tarifpolitik zeigt große Erfolge. Busse und Bahnen fahren häufiger. Mit der neuen Verkehrspolitik und vor allem mit der Umweltkarte ab 1. Oktober 1989 hatte der Senat einen wesentlichen Beitrag zur stärkeren Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel geleistet. Die schnelle Reaktion nach dem 9. November (Einrichtung von grenzüberschreitenden Buslinien, Öffnung von U- und S-Bahnhöfen) hat diese außerordentliche Bilanz gestützt. Die wichtigsten Verbesserungen im einzelnen:

— Einführung preisgünstiger Umwelt-, Senioren- und Sozialkarten.
— Derzeit gibt es über 130 000 Umweltkarten. Kaum jemand der Besitzer will zukünftig auf dieses Angebot verzichten. Zum 1. Oktober 1990 gab es fast keine Kündigungen der Jahresumweltkarten.
— Erweiterung der Busspuren von 9 auf 39 km. Die Einrichtung von Busspuren wurde auch im Ostteil der Stadt sofort in Angriff genommen.
— Taktverdichtungen auf U- und S-Bahnen, vor allem aber bei Bussen; Optimierung bei Umsteigemöglichkeiten.
— Der Ausbau der S-Bahn wurde beschleunigt. Die Mittel für den Schnellbahnbau wurden 1989 von 170 auf 340 Millionen DM erhöht. Auch 1990 stand dieser Betrag zur Verfügung. Mit der Öffnung der Grenzen erhielt die Wiederherstellung der unterbrochenen Verbindungen mit dem Umland Priorität.

Berlin nahm teil am wirtschaftlichen Aufschwung

Die Stadt erreichte 1989 mit einem realen Wachstum von 3,3 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis seit Ende der sechziger Jahre. Für 1990 wird ein reales Wachstum von 4 Prozent erwartet. Das stabile und kräftige Wirtschaftswachstum führte auch zu Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsausweitung hat sich 1989 deutlich beschleunigt. So war mit 12 600 die stärkste Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze seit 1985 zu verzeichnen. Trotz des beträchtlichen Zustroms von Aus- und Übersiedlern ging die Arbeitslosigkeit 1989 — zum ersten Mal seit vier Jahren — gegenüber dem Vorjahr zurück. Diese Zahlen beweisen: Das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Berlin ist ungebrochen. Zweifler an der Anfangszeit der rot-grünen Koalition sind längst verstummt.

Mit der Entscheidung von Daimler Benz, den zentalen Unternehmensbereich „Dienstleistungen" in Berlin anzusiedeln, hat der Senat seinen größten wirtschaftspolitischen Erfolg zu verzeichnen. Zwischen 3000 und 5000 zukunftsorientierten Arbeitsplätzen werden im Rahmen eines modernen Dienstleistungskomplexes am Potsdamer Platz entstehen. Zugleich wird erstmals ein international operiender Konzern wieder Führungsfunktionen in die Stadt verlagern.

Der Senat setzt auf eine Politik des sparsamen und rationellen Energieeinsatzes. Nach Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zur Trassenführung hat sich der Senat für eine Variante entschieden, die sowohl ökologischer als auch wirtschaftliche Belange berücksichtigt. Eingebettet wird diese Entscheidung in ein Gesamtkonzept zur Energieeinsparung und zur Neuorientierung der Energiepolitik in Berlin, die verstärkt auf dezentrale Energieerzeugung und Nutzung regenerativer Energiequellen setzt.

In der Senatsverwaltung für Wirtschaft wird ein Referat „Ökologische Wirtschaft" eingerichtet, das sich mit der Konzipierung und Umsetzung neuer Programme zur Förderung ökologisch orientierten Wirtschaftens beschäftigen wird. Auf allen Stufen des Wirtschaftsgeschehens sollen modellhaft ökologische Ansätze gefördert werden. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 1991 der Senatsverwaltung für Wirtschaft eingestellt.

Wir haben das Berliner Sozial- und Gesundheitssystem verbessert

Es ist erreicht worden, daß die Krankenheime und Seniorenheime durch einen neuen sowohl wohnlichen als auch betreuungsintensiven Unterkunftstypus (Pflegewohnheim) abgelöst werden können. Als erster Schritt dazu soll in den Seniorenheimen eine dritte personalintensive Pflegestellte eingerichtet werden. Denn die dort überwiegend geleistete schwere Pflege braucht mehr Personal. Zur besseren Kommunikation mit den älteren Bürgern haben wir den Seniorenbeirat reaktiviert, in dem Vertreter der älteren Bevölkerung ihre Belange einbringen und im Dialog mit der Verwaltung die Seniorenpolitik mitgestalten können.

Das Sozialstationengesetz ist auf den Weg gebracht. Das Netz der Sozialstationen wird bis zum Ende dieses Jahres auf 75 Einrichtungen ausgebaut.

Mit der Novellierung des Gesetzes über Pflegeleistungen sind die Pflegegelder für Hilflose generell um 5 Prozent erhöht worden. Bei dem behindertengerechten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs haben wir mit der Verpflichtung der BVG zur ausschließlichen Beschaffung behindertengerechter Busse sowie mit dem Einbau von Aufzügen in verschiedenen Bahnhöfen erste Erfolge erzielt. Das Telebus/Taxisystem als Sonderfahrdienst für Behinderte wird zugleich nutzerfreundlicher und wirtschaftlicher gestaltet. Diese Sonderfahrdienste sind inzwischen auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt worden.

Wir haben zusammen mit den anderen Bundesländern die Sozialhilfegewährung auf eine neue Bemessungsgrundlage gestellt. Inzwischen sind die Sozialhilferegelsätze um Brutto zehn Prozent erhöht worden. Eine BVG-Sozialkarte für 10 DM wurde eingeführt.

Zur Verhütung von Odachlosigkeit haben wir die Sozialbehörden zur stärkeren Ausnutzung des Ermessens bei der Mietkostenübernahme und Erhaltung der Wohnung aufgefordert. Die Beihilfen für Bekleidung sind verbessert worden. Alleinerziehende mit Kindern bis zu sieben Jahren können in Berlin auch in Ausbildungszeiten Sozialhilfe beziehen. Das Programm „Hilfe zur Arbeit", mit dem arbeitslose Sozialhilfeempfänger in reguläre Beschäftigungsverhältnisse gebracht werden, wurde in dieser Legislaturperiode erheblich gesteigert. Die Zahl der geförderten Arbeitsverhältnisse ist von 1988 bis heute von 500 auf 1500 gestiegen. Der Förderbetrag wurde von 18,7 Millionen in 1988 auf 50 Millionen DM in 1991 erhöht.

In Ergänzung zum Wohnungsbauprogramm des Senats hat die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales eigene Initiativen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ergriffen. Seit 1989 stehen 1926 zusätzliche Plätze für betreutes Wohnen zur Verfügung. 1000 Wohnplätze in den Bezirken werden von uns zusätzlich finanziert, davon sind 500 bereits verfügbar.

Zur Verbesserung des ökologischen Gesundheitsschutzes sind in allen Bezirksverwaltungen Umweltämter eingerichtet worden.

Die finanziellen Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals wurden verdoppelt. Mit der Umsetzung des neuen Tarifvertrages für Pflegeberufe ist eine bessere Bezahlung erzielt worden, insbesondere auch die Zahlung von Pflege- und Schichtzulagen an die Pflegekräfte in Seniorenheimen.

Im Zusammenhang mit der Einigung haben wir frühzeitig einen Systemvergleich der Leistungsstrukturen und Institutionen des Gesundheitswesens erarbeitet. Zur Vorbereitung eines Gesamtberliner Gesundheitsplanes für die Entwicklung der ambulanten Entwicklung der Verfolgung und der stationären Einrichtungen wird demnächst eine Eröffnungsbilanz vorgelegt.

Die Hilfs- und Beratungsangebote zu Aids wurden konsequent ausgebaut. Das Fördervolumen von Selbsthilfegruppen und freien Trägern im Rahmen der Aids-Vorbeugung und Hilfe für Betroffene wurde von knapp 2 Millionen in 1988 für fünf Einrichtungen auf knapp 5 Millionen DM in 1991 für 13 Einrichtungen mehr als verdoppelt.

Auf dem Wege von Bundesratsinitiativen konnte erreicht werden, daß die häusliche Behandlungspflege in den Pflichtleistungskatalog und daß Verbesserungen bei der Rehabilitierung in den Rentnerfinanzausgleich aufgenommen wurden.

Unser Ziel: Stabile Mieten und mehr Wohnungen

Angesichst der dramatischen Mietpreisentwicklung in den wichtigsten Großstädten der Bundesrepublik wurde von SPD, CDU und AL eine Initiative zur Verbesserung des Mietrechts für alle Ballungsgebiete beschlossen. Nach intensiven Bemühungen wurde erreicht, daß diese Forderungen in die Entwürfe des Bundesgesetzgebers aufgenommen wurden. Die Mehrheit des Bundesrates hat sich den Berliner Forderungen angeschlossen. Eine Entscheidung des Bundestages steht noch aus.

Bereits im Dezember 1989 ist es gelungen, die Mieter und Vermieterverbände zu einem Kompromiß für den Berliner Mietspiegel für Altbauwohnungen 1990 zusammenzubringen. Trotz gewisser Mietsteigerungen ist der Mietspiegel 1990 in der Tendenz mieterfreundlich.

Die Mieten in denen mit öffentlichen Baudarlehen errichteten 232 000 Sozialwohnungen bleiben weitgehend stabil. Die zinsbedingten Mietsteigerungen aufgrund der Hypotheken-, Zinserhöhungen der Banken, die in den letzten Wochen zu einer erheblichen Beunruhigung der Mieter geführt haben, wurden ab 1. Juli 1990 bei 8 DM pro Quadratmeter gekappt.

Nach dramatischen Einbrüchen in Zeiten der CDU/FDP-Regierung ist es gelungen, 1989 fast doppelt soviel Bewilligungen an Wohnungen wie noch im Vorjahr zu erreichen. Für die Berliner Mieter besonders wichtig ist, daß allein im Bereich des sozialen Wohnungsbaus im Jahr 1989 insgesamt 4151 Wohneinheiten bewilligt wurden. Im Wohnungsbauprogramm 1990 sollen insgesamt 8000 Wohnungen öffentlich gefördert werden. Der große Durchbruch ist vor allem im Dachgeschoßausbau gelungen. Wurden in den Jahren bis 1988 jeweils nur 1000 Wohnungen pro Jahr in Dachräumen geschaffen, so waren es 1989 alleine 2656.

Der CDU/FDP-Senat hatte in seiner mittelfristigen Finanzplanung ein Herunterfahren der Mittel für die Stadterneuerung in Berlin auf zuerst 280 Millionen DM und später auf 250 Millionen DM vorgesehen. Dies konnte verhindert werden. Nachdem im Jahr 1989 insgesamt 340 Millionen DM für die behutsame Stadterneuerung ausgegeben wurden, konnte im Jahre 1990 der Etat auf 320 Millionen DM gehalten werden.

Einer der ersten Schritte nach der Regierungsübernahme im März 1989 war der Kampf gegen den Wohnungsleerstand. Innerhalb von wenigen Wochen ist es gelungen, den Leerstand von Wohnungen wesentlich abzubauen. Am 1. August 1990 traten die neuen Ausführungsvorschriften zum Gesetz zur Beseitigung von Wohnungsmißständen in Berlin in Kraft. Nunmehr können die Wohnungsaufsichtsämter der Bezirke einheitlich effektiv noch besser ihre Ordnungsaufgaben zur Erhaltung und Pflege von Wohnraum verfolgen.

Gegebenenfalls können Wohnungen jetzt durch Instandsetzungsanordnungen „technisch bewohnbar" gemacht werden, um diese Wohnungen dann erforderlichenfalls zwangsweise wieder vermieten zu lassen.

Angesichts der schwierigen Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt wurden die bezirklichen Wohungsämter bereits im April 1989 angewiesen, die nahezu automatische Genehmigung der Verwendung von Wohnraum für Firmen nicht mehr möglich zu machen.

Die Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen wurden deutlich erschwert. Im November 1989 wurden die Bezirke angewiesen, die für die Umwandlung für Wohnungen in Eigentumswohnungen notwendige sogenannte Abgeschlossenheitsbescheinigung dann zu verweigern, wenn die Wohnungen den Anforderungen den heutigen Bauordnungsrichtlinien nicht entsprechen. Bereits Mitte 1990 zeigt dies deutliche Auswirkungen. In der Zeit von Januar bis März 1990 sind solche Bescheinigungen lediglich für 35 Objekte erteilt worden.

Aufgrund neuer ökologischer verkehrs- und finanzpolitischer Prioritäten und der Notwendigkeit den Wohungsneubau zu forcieren, wurde bereits im Mai letzten Jahres entschieden, die Planungen für neun Großgaragenobjekte in Berlin nicht mehr weiter zu verfolgen.

Mehr Gleichheit, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit in der Rechtspflege

Unter der Federführung der Justizverwaltung ist eine Projektgruppe „Moderner Schuldturm: Schuldenberatung und Entschuldung privater Haushalte" ins Leben gerufen worden. Diese entwickelt gegenwärtig ein Konzept für die Schuldenberatung. Die Justizverwaltung setzt sich dafür ein, daß ein praktikables Konzept der Umschuldung mit Restschuldbefreiung gesetzlich verankert wird.

In der Strafverfolgung sind neue Schwerpunkte gesetzt worden. Der Schutz vor Gewalttaten wird vorrangig geleistet, ohne daß die Vermögensdelikte vernachlässig werden. Berlin hat — erstmalig in der Bundesrepublik — Spezialabteilungen für die Verfolgung von Gruppengewalt und Rohheitsdelikten eingerichtet. Darüber hinaus sind Spezialabteilungen zur Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität und der organisierten Schwarzarbeit eingerichtet, sowie die Verfolgung der organisierten Wirtschaftskriminalität verstärkt worden. Die Justizverwaltung hat den Einsatz von Schnellgerichten erheblich ausgeweitet und damit für die Bekämpfung der kleineren und mittleren Kriminalität deutliche Zeichen gesetzt.

In der Einsicht, daß Jugendkriminalität häufig ein entwicklungsbedingtes, episodenhaftes Verhalten darstellt und die Freiheitsstrafe eher kriminalitätsfördernd als abschreckend wirkt, hat sich die Justizverwaltung dem Grundsatz „Erziehen statt Strafen" verschrieben. Durch neue Richtlinien für die Staatsanwaltschaft ist dafür Sorge getragen worden, daß in größerem Umfang erzieherische Maßnahmen an die Stelle von Gerichtsverfahren treten. Die Justizverwaltung wird verstärkt in einem Konzept des Täter-Opfer-Ausgleichs arbeiten.

Die Justizverwaltung hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Situation im Strafvollzug zu verbessern, ohne den Schutz der Allgemeinheit zu vernachlässigen. Sie hat die Haftbedingungen der Ausländer im Strafvollzug weitgehend denen der deutschen Gefangenen angeglichen. Sie hat insbesondere den Untersuchungshaftvollzug durch Veränderung der Um- und Aufschlußzeiten sowie durch die Einrichtung eines Beratungs- und Gruppenarbeitszentrums verändert. In der Justizvollzugsanstalt Tegel ist ein Modellprojekt mit familienfreundlichen Langzeitbesuchen gestartet worden. Die Plätze des offenen Vollzugs sind im bescheidenen Umfang vermehrt worden.

Die Justizverwaltung hat die Verantwortung für die Errichtung eines Forschungs- und Dokumentationszentrums der NS-Justiz übernommen. Das Zentrum soll über den Berliner Raum hinaus eine Informationsstelle für alle Forscher und Einrichtungen werden, die sich mit der Geschichte der Justiz im Nationalsozialismus beschäftigen.

Die Zahl der weiblichen Beschäftigten im Justizbereich und ihr Anteil an den Beförderungen ist gestiegen. Die seit 1989 neu im Richter- und Staatsanwaltschaftsdienst eingestellten Juristen sind zur Hälfte Frauen. Das erste Mal in der Geschichte des traditionsreichen Kammergerichts wird dieses von einer Präsidentin geführt. Das höchste Richteramt Berlins ist damit von einer Frau besetzt.

Ausbau der Hochschulen statt konzeptionsloser Sparpolitik

Mit der Bereitstellung von zusätzlichen 63 Millionen DM für die Universitäten konnten weitere inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden: Neben einem Frauenförderprogramm und dem Ausbau der Frauenforschung wurde u. a. ein umfangreiches Tutorenprogramm zur Unterstützung der Studienreform aufgelegt. Außerdem wurden mit dem Sonderprogramm die schlimmsten Defizite beseitigt, die durch die jahrelange konzeptionslose Sparpolitik des CDU/FDP-Senats im Hochschulbereich entstanden waren. Auch im Bereich des studentischen Wohnungsbaus wurden verstärkte Anstrengungen unternommen und zusätzliche Mittel eingesetzt, um bis zum Jahr 1995 5800 neue Wohnheimplätze zu schaffen.

Neue Akzente wurden in der Berufungspoliitk gesetzt, vor allem bei der Berufung von Frauen. Während einerseits die Autonomie der Hochschulen bei ihren Berufungsvorschlägen ernst genommen wurde, wurde zum anderen verstärkt darauf geachtet, daß Bewerberinnen bei Berufungsverfahren nicht benachteiligt werden. Der Anteil von Rufen, die an Frauen gingen, konnte damit von knapp sieben Prozent auf rund 15 Prozent gesteigert werden.

Auf die Lage, die durch die Maueröffnung entstand, wurde schnell reagiert: Mittel von mehr als 8 Millionen DM wurden für gemeinsame Vorhaben von Forschungseinrichtungen in beiden Teilen der Stadt bewilligt. Ein Austauschprogramm von Wissenschaftlern, die grenzüberschreitende Förderung von Promotionsvorhaben und konkrete Hilfe für die Bibliotheken haben dafür gesorgt, daß erste Schritte hin zu einem gemeinsamen Wissenschaftsstandort unternommen wurden.

Wir haben die kulturellen Angebote der Stadt den Menschen nähergebracht

Berlin war und ist eine europäische Kulturmetropole, die sich durch ein einzigartiges Spannungsverhältnis zwischen Hoch-, Alternativ-, Alltags- und Industriekultur auszeichnet. Aktive Kulturpolitik hat die Aufgaben, die Kooperation, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch der verschiedenen Kulturszenen und damit die kulturelle Lebendigkeit der Stadt durch vernüftige Rahmenbedingungen zu unterstützen. Die Kulturspektakel der 750-Jahr-Feier und E 88 konnten diesem Auftrag nicht oder nur bedingt gerecht werden. Wichtige Aufgabenstellung sozialdemokratischer Kulturpolitik war es, Menschen durch den Umgang und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu befähigen, Selbstbestimmung und Aktivität gegen kritiklosen Konsum, Passivität und Fremdbestimmung zu setzen.

Die dezentrale Kulturarbeit wurde neu konzipiert. Der Etat dafür wurde um zusätzliche 2 Millionen DM aufgestockt. Personell wurde sie mit 48 zusätzlichen Stellen in der Eigenverantwortlichkeit der Bezirke abgesichert. Die Mittel für kulturelle Aktivitäten zur Förderung freier Gruppen und zur Spielstättenförderung wurden insgesamt um 10 Millionen DM erhöht. Erheblich gesteigert wurden auch der Anteil öffentlich geförderter Frauenkulturprojekte. Der Anteil von Frauen in Jurys, Beiräten etc. ist deutlich erhöht worden. Die kulturelle Filmförderung wurde neu konzipiert. Es gelang zum ersten Mal, alle an kultureller Filmförderung Beteiligten gemeinsam in die Erarbeitung von Filmrichtlinien einzubeziehen.

Noch vor der offiziellen Vereinigung der Stadt konnte der Ostteil Berlins in die Berliner Kulturpolitik mit einbezogen werden. Der Rockwettbewerb „Berlin Rock News" wurde erstmals für Musiker in beiden Teilen Berlins ausgeschrieben. Die Stipendienprogramme der Kullturverwaltung wurden auf ganz Berlin ausgedehnt. Im Rahmen des Einigungsvertrages konnte die Erweiterung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf die vordem staatlichen Museen der DDR im Ostteil der Stadt erreicht werden. Bei der Planung des Filmhauses Esplanade wurde frühzeitig das „Staatliche Filmarchiv der DDR" mit einbezogen. Das Märkische Museum wurde mit dem Berliner Museum zusammengeschlossen.

Berlin — eine Metropole im Herzen Europas

Der Reformprozeß in den Staaten Ost- und Mitteleuropas und die deutsche Einigung haben Gesamteuropa neue Perspektiven eröffnet und den Senat in seiner europapolitischen Grundorientierung bestätigt. Die Zukunft Berlins liegt im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Berlin hat jetzt die historische Chance, seine Lage in der Mitte Europas zu nutzen und praktische Beiträge zu leisten, damit die Stadt und ihr Umland wieder als eine Region zusammenwachsen und die Grenzen im Zentrum Europas ihren trennenden Charakter verlieren.

Berlin hat sich um den Sitz verschiedener europäischer Institutionen beworben. Auf dem Europäischen Rat in Rom sollen die noch ausstehenden Sitzfragen für die Europäische Umweltagentur und die Europäische Stiftung für die Berufsbildung entschieden werden. Berlin hat gute Chancen hierbei berücksichtigt zu werden.

Das Informationsbüro Berlins bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel wurde personell ausgebaut. Ein eigenes neues Haus in unmittelbarer Nähe der EG-Kommission wurde seiner Bestimmung als Berliner Informationsplattform in Brüssel übergeben.



Bilanz der Arbeit des Magistrats

Niemals zuvor hat eine Regierung direkt vom Tag ihrer Wahl an unter einem vergleichbaren Entscheidungsdruck gearbeitet. Der Magistrat hat in wenigen Monaten Aufgaben bewältigt, für die man normalerweise Jahre rechnet.

Der erste demokratisch gewählte Magistrat im Osten Berlins mußte sich seine Strukturen von Grund auf neu schaffen. Das begann mit einer Neuschneidung der Magistratsressorts. Themen wie Umweltschutz oder Gleichstellung waren vorher im Magistrat nicht vorgesehen. Andererseits war die Zusammenführung der beiden Berliner Verwaltungen vorzubereiten. Auf dem Weg zu einer neuen Verwaltung, die sich durch Bürgernähe statt Obrigkeitsdenken und durch Effektivität statt durch Bürokratie auszeichnet, sind wir schon weit vorangekommen. Jeder qualifizierte und der demokratischen Umgestaltung loyal gegenüberstehende Mitarbeiter ist uns willkommen und soll auch zukünftig seine Chance haben.

Es war auch die Auseinandersetzung mit den alten Führungskadern durchzustehen, die nicht wegen ihrer Qualifikation, sondern aus politischer Opportunität auf ihre Posten gelangt waren. Halbherzigkeit im Umgang mit der Vergangenheit wird man dem Magistrat dabei nicht nachsagen können. Die Konsequenz, mit der vorgegangen wurde, ist mittlerweile in der Mitarbeiterschaft wie in der Öffentlichkeit akzeptiert.

Im Magistrat wie auf der Ebene der Stadtbezirke sind solide Grundlagen für das Zusammenwachsen einer demokratischen Verwaltung gelegt worden. Besonders hervorzuheben ist, wie engagiert ein großer Teil der Mitarbeiter mitgezogen hat. Diese Menschen spüren den frischen Wind, der jetzt durch die Rathäuser weht.

Dieses Wissen und die Erfahrung von Menschen, die am neuen Berlin mitbauen wollen, darf nicht verloren gehen. Auch wir sind Berlin und haben etwas einzubringen in das neue Berlin. Das spüren von allen Berlinern aus dem Westen wohl diejenigen am direktesten, die in unseren Verwaltungen mitarbeiten, beim Aufbau der neuen Strukturen helfen und die Zusammenführung vorbereiten. Wer täglich mit der tatsächlichen Herstellung der Einheit befaßt ist, gewöhnt sich schnell eine differenziertere Sicht der Dinge an.

Der Magistrat ist angetreten, um die Einheit der Stadt vorzubereiten und zu vollenden. Wir wußten, daß unsere Amtszeit endlich sein würde. Von Anfang an haben wir mit dem Senat gemeinsam getagt. Schnell hat sich dabei herausgestellt, daß auch Fragen, die auf den ersten Blick nur den einen Teil betrafen, natürlich für den anderen auch von Bedeutung sind. Die Zusammenarbeit im „Ma-

gi-Senat" klappt reibungslos, und anders geht es auch gar nicht in einer Stadt. Im „Magi-Senat" arbeiten alle zusammen — von AL bis CDU. Das unterscheidet den Einigungsprozeß in Berlin vom gesamtdeutschen Einigungsprozeß, der oftmals weit weg von den Menschen stattfindet.

Neue Verfassung

Zunächst haben wir uns um eine neue Verfassung bemüht. Der Magistrat hat sich sehr dafür eingesetzt, den großen Konsens zu schaffen, der dazu geführt hat, daß die Verfassung mit über 90 Prozent von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde.

Die neue Verfassung Berlins ist ein Ausdruck des Zusammenwachsens bei beiden Stadthälften. Sie ist eine modernere und den heutigen Aufgaben angemessene Verfassung, in die Geschichte und Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre einfließen. Wegweisende Entscheidungen der Verfassung vom 11. Juli 1990, wie z. B. das kommunale Wahlrecht für Ausländer oder die Möglichkeit der Abschöpfung von Spekulationsgewinnen, sollten beibehalten und für ganz Berlin übernommen werden.

Das Programm des Magistrats wird fahrplanmäßig durchgearbeitet. Die gemeinsam von Walter Momper und Tino Schwierzina vor den Wahlen angekündigten 12 Punkte für die ersten 100 Tage sind abgehakt; vom Mauerabriß bis zur Olympia-Berwerbung.

Aus der Arbeit des Magistrats sollen einige Punkte herausgegriffen werden: Die Bewältigung der Erblasten wird von allen Bürgerinnen und Bürgern gewünscht. Aber konkrete Maßnahmen bringen automatisch Konflikte mit sich. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die im Winter als Lehrer eingestellt wurden, wehren sich gegen Entlassung und finden noch Verständnis in Teilen der Belegschaft. Grundstücksnutzer, die ihre Schollen jetzt kaufen wollen, laufen Sturm gegen die Behörden, die erstmals nach 40 Jahren Recht und Gesetz im Bodenrecht durchsetzen sollen. Betriebe, die immer mit Schulden gelebt haben, spüren plötzlich die große Belastung und protestieren, wenn es keine Hilfsmaßnahmen gibt. Der Magistrat wurde so auch für die vergangenen 40 Jahre haftbar gemacht, eine Aufgabe, die wahrhaftig nicht kurzfristig erledigt werden kann.

Soziales und Wirtschaft

Als wir antraten, mußten wir uns nach ein paar Tagen erst einmal um die Brotversorgung kümmern. Nach der Einführung der DM drückten uns die unverschämt hohen Preise und die Verdrängung der DDR-Produkte, von den Werder-Tomaten bis zum Babypulver. Wir haben immer versucht, schnell zu handeln. So wurden Ladenflächen für Billiganbieter zur Verfügung gestellt und über 30 Wochenmärkte eingerichtet.

Die Gefahr eines Gefälles von West nach Ost ist unübersehbar. Der Ostteil der Stadt darf aber nicht zur Metropole der Sozialausgaben werden.

Entscheidend sind jetzt schnelle Investitionen und umfangreiche Qualifizierung.

Der Magistrat hat 12,1 Millionen DM für ein arbeitsmarktentlastendes Sonderprogramm aufgebracht, das für die Region auch vom Senat mit Millionen-Beträge unterstützt wird. 10 000 Beschäftigungsstellen im Osten Berlins im Rahmen des ABM-Programms sind beim Arbeitsministerium angemeldet worden. Damit bieten sich speziell für den Großraum Berlin Beschäftigungschancen durch gemeinnützige Arbeit für ältere Arbeitslose, Alleinerziehende sowie schwer Vermittelbare. Der Magistrat hat auch selbst die Initiative ergriffen und eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft gegründet. Ähnliche Institutionen werden gefordert, um die Weiterbildungsstrukturen im Großraum Berlin zu entwikkeln.

Wir sind mit einer ganzen Reihe von hochkarätigen Großinvestoren im Gespräch, die Milliarden in die Stadt bringen wollen. Aber auch die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden wie die Kammern finden im Magistrat einen ständig gesprächsbereiten Partner. Die größten Hemmnisse liegen immer noch im Mangel an Gewerberäumen und investitionsreifen Grundstücken. Der Magistrat hat Sondermaßnahmen ergriffen, um die Klärung zahlloser Eigentumsverhältnisse — gerade auch in zentraler Lage — voranzubringen. Nach der „Verordnung über die Anmeldung vermögensrechtlicher Ansprüche" sind bis zum 13. Oktober 1990 in Berlin weit über 100 000 Anträge auf Rückgabe und Entschädigung eingegangen.

Eigenbetriebe

Gemäß dem Willen der Stadtverordnetenversammlung und der Koalitionsaussagen wurde mit Nachdruck die Umwandlung ehemaliger VEB und sonstiger Einrichtungen in Eigenbetriebe vorangetrieben und auf eine Fusion mit den Gegenstücken im Westteil vorbereitet. Eigenbetriebe sind bereits die BVB, Stadtreinigung, Wasser- und Abwasser-, Hafen- und Lagerwirtschaft. Verhandlungen über Energie und Gasversorgung sowie Stadtgüter laufen noch. Mit den Eigenbetrieben sichern wir zehntausende Arbeitsplätze und erhalten der Stadt den Einfluß auf wichtige Versorgungsbereiche.

Verkehr

Die Verknüpfung der Netze von BVG und BVB schreitet immer mehr voran. Die Bahnhöfe der U-Bahnlinien C 6 und D 8 sind wiedereröffnet worden, die S-Bahnhöfe der Nord-Süd-Bahn desgleichen. Allein vier neue Buslinien sind zwischen beiden Teilen der Stadt eingerichtet worden, etliche zwischen dem Westteil Berlins und dem Umland. Das zwischen beiden Verkehrsbetrieben und den Verkehrskombinaten der Region vereinbarte gemeinsame Tarifsystem ist erfolgreich und wird ausgebaut. Wir werden mit der neuen Regierung des Landes Brandenburg Verhandlungen mit dem Ziel eines Berlin-Brandenburger Verkehrsverbundes mit gemeinsamer Umweltkarte aufnehmen. Die Planungen für einen wirtschaftlichen und ökologischen Personennahverkehr im Großraum Berlin sind in vollem Gange. Wir aus dem Ostteil Berlins wissen, welch ein bequemes, umweltfreundliches und modernes Verkehrsmittel die „Elektrische" sein kann. Das hier vorhandene Netz sollte erhalten und in den Westteil erweitert werden. Wir werden auch hier Busspuren einrichten, eine existiert bereits auf der Friedrichstraße.

Hauptstadt Berlin

Seit dem 3. Oktober ist Berlin die Hauptstadt Deutschlands. Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß auch Parlament und Regierung hier ihren Sitz nehmen. Die Stadt sollte deutlich machen, was eine Entscheidung gegen Berlin bedeutet: den Verlust zehntausender Arbeitsplätze in einer ohnehin wirtschaftlich angeschlagenen Region und den Verlust der wichtigsten überregionalen Funktion. Man hat Walter Momper und Tino Schwierzina hier und da vorgeworfen, sie würden sich in der Hauptstadtfrage zu sehr engagieren. Aber diese Entscheidung betrifft direkt zehntausende Arbeitsplätze, indirekt den gesamten Lebensstandard in Berlin und die Entwicklungschancen der gesamten Region.

Wohnen und Mieten

Nachdem so gut wie alle Lebensbereiche bei uns umstrukturiert wurden, sind die Menschen besonders empfindlich, wenn es um ihre Wohnungen geht. Der Magistrat hat sichergestellt, daß die Wohnungsvergabe sachgerechter und weiterhin sozial erfolgt. 90 Prozent unseres Wohnungsbestandes stehen nur Mietern mit besonderer Dringlichkeit zur Verfügung. Jetzt setzen wir uns bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür ein, die Mietpreisbindung auch für die kommenden Jahre zu erhalten. Wir wollen eine Mietpreisbindung für ganz Berlin, die das Mietenniveau langsam auf ein insgesamt sozialverträgliches und wirtschaftlich vernünftiges Maß bringt.

Nachdem wir in einer konzertierten Blitzaktion der Städte den Kollaps im Wohnungsbau verhindern konnten, wird das Wohnungsbauprogramm fortgesetzt. Außerdem bietet der Magistrat ein attraktives Mietermodernisierungsprogramm mit einem Volumen von 25 Millionen DM an, das die Eigeninitiative wirkungsvoll fördert. Der große Zuspruch dieses Programms zeigt deutlich, daß unsere Berlinerinnen und Berliner anpacken wollen, damit es aufwärts geht.

Finanzen

Der Magistrat hat den angekündigten Kassensturz durchgeführt. Wir konnten mit ausgeglichenem Haushalt in die Währungsunion gehen. Nach harten Verhandlungen und der Kürzung des Etats von 4,7 auf 3,2 Milliarden DM konnte erstmals seit der Teilung der Stadtverordnetenversammlung ein Haushaltsplan vorgelegt werden, der demokratischen und juristischen Grundsätzen entspricht. 90 Prozent der Einnahmen waren Zuwendungen aus dem ehemaligen Republikhaushalt, die aber angesichts der tatsächlichen Anforderungen um ein Weites zu gering sind. Diese dem SED-Zentralismus geschuldete, nahzu vollständige Abhängigkeit vom ehemaligen Finanzministerium zeigt aber auch, wie nötig der Ostteil Berlins noch auf Jahre hinaus der finanziellen Unterstützung bedarf, umsomehr, als jetzt Aufgaben in die Zuständigkeit Berlins übergeben wurden, die bis zur Einheit noch vom zentralen Haushalt getragen werden, wie Polizei, Justiz oder Theater. Trotz der überaus angespannten Finanzlage konnten ausgabenmäßig Schwerpunkte gesetzt werden:

- 1/3 des Ausgabevolumen wird für Investitionsmaßnahmen und Werterhaltung eingesetzt;
- die Weiterführung des Wohnungsneubaus konnte gesichert werden;
- die Funktionsfähigkeit der Verwaltung ist gewährleistet.

Wahlprogramm der SPD Berlin 1990

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Müllerstr. 163, W-1000 Berlin 65
Redaktion: Michael Donnermeyer (verantwortl.)
Verlag: Berliner Stimme — Kompaß Buch- und Zeitschriften-GmbH Müllerstraße 163, W-1000 Berlin 65
Druck: Erich Lezinsky Verlag und Buchdruckerei GmbH, Neuendorfer Straße 101, W-1000 Berlin 20.
Fotos: Glaser (3), Fromm (1)